

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer 23

Juni / Juli 2004

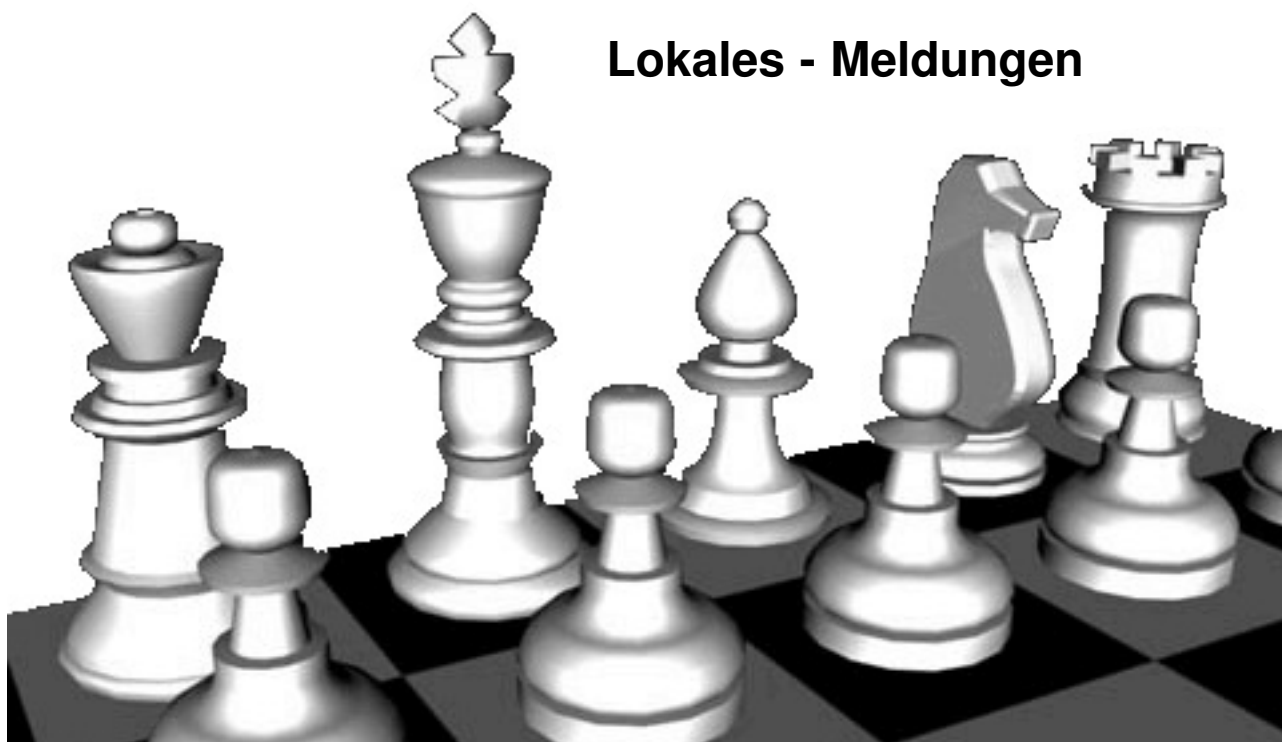
**Direktor des Deutsch-Islamischen Instituts verklagt
Antifaschistische Infogruppe Celle**

Schuhstraße: Reclaim the Street? Leider nein

**Anzeige der Celler CDU: Gemeinnutz geht vor
Eigennutz**

Klaus-Jürgen Hedrich mobilisiert gegen Venezuela

Lokales - Meldungen



Inhalt

Moin, moin!

Und wieder haltet Ihr eine interessante Ausgabe der kleinen, feinen, Celler Stadtzeitung in den Händen.

Neben genügend Themen zum aufregen gibt es auch was zum schmunzeln. Lest doch mal die Meldung vom "müden Joe" oder dem gefährlichen Brennesselkraut...

Bis denne
Eure Revista

Direktor des Deutsch-Islamischen
Instituts verklagt
Antifaschistische
Infogruppe CelleSeite 03

Schuhstraße
Reclaim the Street?
Leider nein.Seite 06

Anzeige der Celler CDU:
"Gemeinnutz geht vor
Eigennutz"Seite 09

Lokales - Meldungen . . .Seite 10

Sozialpolitisches Bündnis Celle
Zu den Folgen von
Hartz IVSeite 14

Klaus-Jürgen Hedrich mobilisiert
gegen Venezuela: "..., muss mög-
licherweise die Armee
intervenieren."Seite 15

Steuerparadies BRD . . .Seite 16

Literatur:
Yeziden - zwischen Tradition
und ModerneSeite 18

Termine im Kino 8¹/₂ . . .Seite 19

TermineSeite 20



Impressum:
Revista, Nr.23
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in
diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch
gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück
für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach
1329, 29203 Celle
em@il: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel
gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung
der Redaktion wieder!
<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Direktor des Deutsch-Islamischen Instituts verklagt Antifaschistische Infogruppe Celle

Die Antifaschistische Infogruppe Celle (AIG) betreibt im Internet (http://mitglied.lycos.de/AIG_Celle/index.html) eine Website, auf der eine "Chronologie rechter Ereignisse in und um Celle" veröffentlicht wird. Leider wird diese zur Zeit nicht mehr gepflegt, die letzte Aktualisierung fand am 06.10.2002 statt, trotzdem ist die Seite immer noch gut genug, um für einigen Wirbel zu sorgen.

So fand der Direktor des Deutsch-Islamischen Instituts (DII) Hans-Christian Heydecke aus Eldingen (früher Eschede) dort seinen Namen unter dem Datum 02.02.2001 wieder. Der ziemlich kurze Eintrag lautet wörtlich: "Hans-Christian Heydecke aus Eldingen schreibt einen Leserbrief der in der rechten Zeitung "Nation & Europa" Nr.2/2001 abgedruckt wird. Inhaltlich relativiert er darin den Holocaust und vertritt antisemitische Thesen."

Das Deutsch-Islamische Institut

Das "Deutsch-Islamische Institut für Wissenschaftliche und Kulturelle Zusammenarbeit e.V." wurde laut Eigenangaben am 31.03.2000 gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt. In den ersten zwei Jahren seiner Existenz gab es auch eine Vielzahl von Aktivitäten und die exponierten Vertreter, wie Herr Heydecke, waren gefragte Interviewpartner. Das Institut wurde überregional bekannt und in diversen Zeitungen wie "Die tageszeitung", "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Cellesche Zeitung", "Braunschweiger Zeitung" u.a. positiv erwähnt. Warum auch nicht, denn laut Cellesche Zeitung vom 15.11.2000 möchte der Verein "die Verständigung zwischen Deutschland und der islamischen Welt verbessern". Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass sich das Institut im Jahre 2001 über den Besuch der CDU-Stadtratsfraktionsvorsitzenden Astrid Peters und des heimischen Bundestagsabgeordneten der CDU, Klaus-Jürgen Hedrich, freuen konnte.

Bei Herrn Heydecke gewinnt mensch schnell den Eindruck, einer integren Persönlichkeit. Sein Lebenslauf ist auf der Homepage der "Islamischen Studentengemeinschaft an der TU Clausthal" veröffentlicht. Dort wurde ein von ihm vorbereiteter Vortrag gehalten. Dieser Homepage ist zu entnehmen, dass er 1932 geboren wurde, verheiratet ist und sieben Kinder hat. Er studierte in den Jahren 1953-1958 die Fächer Volkswirtschaft, Politik und Geschichte. Während seiner

Banklaufbahn bekleidete er demnach führende Positionen u.a. Abteilungsleiter der Frankfurter Bank und Direktor der Commerzbank in Frankfurt.

Also, eine Person die in der Mitte der Gesellschaft steht und einen guten Ruf genießt.

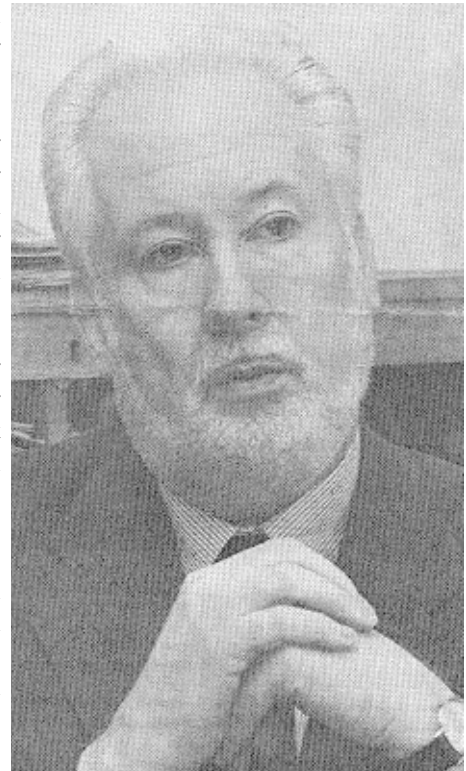
So dürfte es dem Herrn Heydecke auch nicht schwerfallen, Sponsoren für das DII zu finden. Doch zumindestens einmal scheint dies schief

gegangen zu sein. Ein Sponsor hätte sich wohl bereit erklärt, sich an der Finanzierung des DII zu beteiligen, wenn dieses mit einer Universität zusammenarbeitet. Doch bei einem Besuch des Herrn Heydecke bei der Universität Erfurt kam es nicht zu der erhofften Zusammenarbeit, denn der Universität lag ein Internetausdruck der Website der Antifaschistischen Infogruppe Celle vor und so nahm die Uni erst einmal abstand. Und das, obwohl nur die Person Heydecke auf der Internetseite der AIG erwähnt wird, aber kein Zusammenhang mit dem Institut hergestellt wird.

Güteverhandlung vor dem Amtsgericht

Nun kommt es nach einigem juristischen Vorgeplänkel am 24. Juni um 13 Uhr 10 vor dem Amtsgericht Celle zu einer "Güteverhandlung" zwischen dem presserechtlich Verantwortlichen der Infogruppe und Herrn Heydecke.

Der Rechtsanwalt des Herrn Heydecke, Dr. Holzkämper,



Hans-Christian Heydecke



Nation und Europa 2002, latenter Antisemitismus

Selbst wenn das Gericht davon ausgeht, dass es sich bei dem Eintrag um eine Tatsachenbehauptung handelt, so ist diese noch lange nicht falsch.

In der Klageerwiderung heißt es wörtlich “die inhaltliche Aussage des vom Kläger veröffentlichten Leserbriefes ist deshalb antisemitisch, weil implizit ausgeführt wird, `die Juden` ließen es an der notwendigen Dankbarkeit im Hinblick auf Wiedergutmachungsleistungen fehlen und ihnen würden noch immer Privilegien im Vergleich zu den `normalen` Deutschen eingeräumt. Das Herausgreifen besonders exponierter Vertreter des jüdischen Glaubens und das Absprechen der moralischen Kompetenz derselben ist ständige Übung antisemitischer Veröffentlichungen. Der Leserbrief gipfelt darin, dass in der Zusammenschau in dem Verhalten `der Juden` selbst der Anlass für die Anschläge und Übergriffe bzw. Ressentiments gesehen wird. Nur so sind die in der Veröffentlichung des Klägers ausgesprochenen “Empfehlungen” an die Herren Spiegel und Friedmann zu verstehen. Es wird hier zunächst davon Abstand genommen, zu dem in dem Leserbrief des Klägers offenkundig zum Ausdruck kommenden Antisemitismus weitere Ausführungen zu machen.

Die Relativierung des Holocaust kommt besonders darin zum Ausdruck, dass die Einzigartigkeit des Vernichtungsschicksals der Juden im Dritten Reich dadurch verleugnet wird, dass sogleich das allgemeine im zweiten Weltkrieg begangene Unrecht dagegen aufgerechnet wird. Der Kläger ergänzt in seinem Leserbrief sogar, Deutschland habe sich gegenüber den Juden gar für solches Unrecht entschuldigt, für das kein Deutscher verantwortlich sei. Ebenfalls üblich im Sinne der Relativierung der Vernichtungsmaschinerie ist das Anführen dessen, was das deutsche Volk vor und nach 1945 selbst erlitten habe. Der Kläger führt insoweit den Bombenterror und Vertreibung, ein

bestätigt zwar den Leserbrief, doch stellt er die These auf, dass es sich bei der zitierten Passage: “Inhaltlich relativiert er darin den Holocaust und vertritt antisemitische Thesen” auf der Internetseite der AIG um eine falsche Tatsachenbehauptung handelt, die das Persönlichkeitsrecht seines Mandanten beeinträchtigt. Der Rechtsanwalt der AIG sieht das selbstverständlich völlig anders und pocht auf das Recht der freien Meinungsäußerung.

Lieblingsthema in rechtsextremistischen Veröffentlichungen, und den Umgang mit Kriegsgefangenen an. Die Einzigartigkeit des Vernichtungsschicksals des jüdischen Volkes wird somit durch die Gegenüberstellung des von den deutschen selbst erlittenen Schicksals relativiert.”

Außerdem muss berücksichtigt werden, in welchem Kontext dieser Leserbrief veröffentlicht wurde. Die Zeitung “Nation und Europa”, welche mittlerweile seit vierundfünfzig Jahren erscheint, ist das bedeutenste Strategie- und Theorieorgan des intellektuellen Rechtsextremismus. Zumindest in den letzten zwanzig Jahren ist dort kein Leserbrief veröffentlicht worden, der eine konträre Ansicht beinhaltet. Wer sich dort also äußert, weiß genau, an welches Publikum er sich wendet. So verwundet es auch nicht, dass diese Zeitung fester Bestandteil des Verfassungsschutzberichtes ist. Auf den Internetseiten des Verfassungsschutzes NRW heißt es zu der Zeitung “Nation und Europa”: “Publikumswirksame tagespolitische Einzelaspekte wie die Frage der Wiedergutmachungsleistungen an ausländische Zwangsarbeiter oder den Staat Israel werden zur Verstärkung bestehender Ressentiments mit verallgemeinernden Schlussfolgerungen kommentiert, die im Zusammenhang mit einem erkennbaren Antisemitismus vorgefasste Meinungen bestärken sollen.”

(<http://www.im.nrw.de/sch/348.htm#>)

Die Leserbriefe des Herrn Heydecke

Auch sonst scheint Herr Heydecke von rechtsextremen Gedankengut nicht allzu weit entfernt zu sein. Dies lässt sich an seinen Leserbriefen in der Celleschen Zeitung erkennen.

Dort nimmt er an einem Leserbrief des Grünenmitglied sNorbert Peters Anstoss, der sich kritisch mit dem rechtsextremen Treffen auf dem Gelände des mittlerweile vom nds. Innenminister verbotenen “Heide-Heim e.V.” in Hetendorf auseinandersetzt.

Peters hatte u.a. die in Hetendorf gehaltenen Vorträge “Die Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge” und “Was können wir zur Erhaltung unserer genetischen Substanz tun?” kritisiert. Und das zu Recht, denn allein die Titel der Vorträge machen deutlich, dass es sich hierbei um die Wiederkäuung von rechtsextremen Rassenideologien des Dritten Reiches han-



Nation und Europa 1986, latenter Antisemitismus

delt. Für Herrn Heydecke kein Problem, denn "über Rassenfragen diskutieren Wissenschaftler in aller Welt" und so kann er anhand der Themen "nicht im entferntesten einen rechtsradikalen Hintergrund" erkennen. Auch an dem in Hetendorf zelebrierten Ritual aus dem Dritten Reich der Ehrung kinderreicher Mütter kann er nichts Verwerfliches finden. Zwar zitiert er in seinem Leserbrief in der CZ vom 25.01.1996 ausführlich den Verfassungsschutz des Bundes von 1994, um die Gefahren des Rechtsextremismus als rückläufig zu belegen, blendet dort aber völlig aus, dass die "Hetendorfer Tagungswochen" in diesem Bericht explizit genannt werden (Seite 154).

In einem anderen Leserbrief in der Celleschen Zeitung (31.07.1996) behauptet er, dass alle Zahlen außer dem Datum in einen Artikel der CZ, der sich mit dem Bombardement der spanischen Stadt Guernica am 26. April 1937 durch die "Legion Condor" der NS-Reichsluftwaffe auseinandersetzt, falsch seien. Dieser Angriff war der erste Auslandseinsatz der NS-Reichsluftwaffe und der erste vernichtende Luftangriff auf ein ziviles Flächenziel in der Militärgeschichte. Noch immer ist der Name "Guernica" ein Symbol für militärische Zerstörung und militaristisches Verbrechen. Als Quelle seiner Informationen führt er u.a. das Buch "Waren wir Täter" des jetzigen Ehrenvorsitzenden des "Verbandes der Soldaten" (VdS) Jürgen Schreiber an. Schreiber, Referent beim rechtslastigen "Verein für Geschichte und Kultur e.V." hat auch noch andere Bücher geschrieben, so zum Beispiel: "Vom Jungvolkpimpf zum Bundeswehrgeneral. Sieben Jahrzehnte erlebte Geschichte", welches in dem rechtsextremen Kurt Vowinkel-Verlag verlegt wird und "Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden".

Laut dem Düsseldorfer Stadtmagazin *terz* (9/2000) ist Dr. Jürgen Schreiber, ein früherer Hitler-Jugend-Führer, nicht gewillt "so etwas wie Reue zu empfinden", sieht sich aber auch nicht als "Mitläufer". Schreiber: "Ich habe die Entscheidungen, die mein Leben gestaltet haben, nicht in einer undefinierbaren großen Masse mitlaufend, sondern bewusst und verantwortlich selbst getroffen."

Also, alles andere als eine fundierte Quelle. Und in einem Resümee setzt Heydecke den Überfall der Nationalsozialisten auf Guernica mit den Bombardierungen der deutschen Städte während des zweiten Weltkrieg in Relation und kommt zu dem Schluss, dass diese viel schlimmer waren. Da die Ursache der Bombardierung deutscher Städte völlig außer acht gelassen wird, kann der Leserbrief eigentlich nur als Geschichtsrevisionismus bewertet werden.

Bereits 1992 beklagte sich Heydecke in einem Leserbrief in der CZ vom 11. August über einen "Fatalen Mangel an (...) nationaler Würde, und einer damit zusammenhängenden radikalen Entleerung des Begriffes "Ehre"". Und weiter heißt es: "Wo sind die deutschen Historiker (...) die sich nicht aus politischen Opportunismus oder aus Gefälligkeit dem Ausland gegenüber einen Maulkorb umhängen lassen? Wer sich ein objektives Bild der deutschen Geschichte der letzten sechzig Jahre machen will, ist weitgehend auf ausländische Historiker angewiesen."

Diese Argumentation findet sich so oder ähnlich in den unterschiedlichsten rechtsradikalen Pamphleten als Metaphern

wieder und bedeuten dort soviel wie "Umerziehung" und "Geschichtsrevisionismus". Sicherlich ist es auch kein Zufall, dass Heydecke den "Historiker" Austin App aus den USA erwähnt. Der

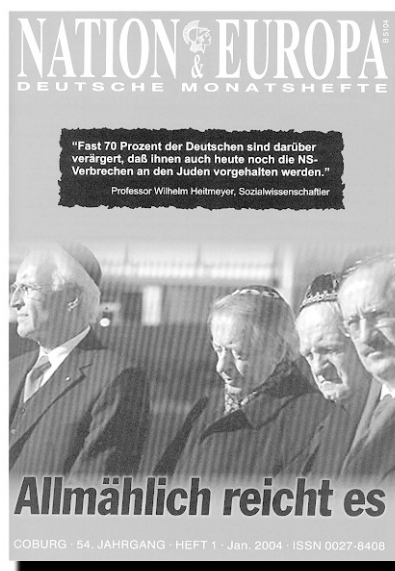
"Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) schreibt zu App, dass dieser 1949 Briefe an das *Time Magazine* schickt, in denen er den Holocaust

offen leugnet. Gleichzeitig betreibt er Kampagnen zur "Rehabilitierung der Deutschen". 1973 formuliert er unter dem Titel "The Six Million Swindle: Blackmailing the German People for Hard Marks with Fabricated Corpses" acht Thesen. Auf diesen acht Thesen haben seither fast alle Holocaust-Leugner ihre Argumentation aufgebaut. 1979 ist App dann auch Referent bei der 1. "Revisionisten"-Tagung des Institute for Historical Review. Im gleichen Jahr ist er Referent bei der rechtsextremistischen "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP). (http://lexikon.idgr.de/a/a_p/app-austin/app-austin.php) So sehen also "Historiker" aus, auf die sich Herr Heydecke bezieht.

In einem anderen Leserbrief in der Celleschen Zeitung, diesmal von 12.08.1996 befasst er sich mit dem Freispruch des SS-Offizier Erich Priebke. In einem späteren Verfahren wurde dieser als Nazi-Kriegsverbrecher verurteilt, weil er an einer Erschießung von 335 italienischen Zivilisten am 24.03.1944 in den Ardeatischen Höhlen beteiligt war. Laut Heydecke sind die "Partisanen" schuld an der Geislerschießung, denn diese haben zuvor "33 deutsche Soldaten heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet" und diese hätten das Massaker ja auch noch verhindern können, denn die Deutschen haben die Erschießung angekündigt und so hätten sich die "Täter" nur stellen müssen. "Dann wären sie und nicht 335 unschuldige Zivilisten erschossen worden". So leicht lässt sich die Geschichte verdrehen und schon sind diejenigen die den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen haben, plötzlich für deren Verbrechen verantwortlich.

All diese Leserbriefe sind sicherlich in Celle auch gelesen worden und trotzdem scheint es dem gesellschaftlichen Ansehen und dem gesellschaftlichen Einfluss des Herrn Heydecke keinen Abbruch getan zu haben. In sofern entlarvt er sich durch diesen Prozess nur selbst.

DK



Nation und Europa 2004, latenter Antisemitismus

Schuhstraße

RECLAIM THE STREET?

Leider nein.



Die Hürde war zu hoch. Das ahnten alle. 9.067 Stimmen für das Bürgerbegehren Schuhstraße, aber nur 2.642 Stimmen dagegen. Fazit: Kein Sieg für die Bürgerinitiative, aber trotzdem eine fette Niederlage für Oberbürgermeister Biermann. Wie das? Dazu ein Rückblick auf den "Straßenkampf" in der Provinz.

25 % der Wahlberechtigten hätten beim Bürgerentscheid am 25. April ihr Kreuz bei "Ja, ich bin für den Erhalt der Fußgängerzone in der Schuhstraße" machen müssen. Statt der erforderlichen 14.251 Kreuze waren es am Ende nur 9.067. Das aber waren 77,4 % derjenigen, die zur Abstimmung gegangen sind. Gegen das Bürgerbegehren - und damit implizit für das "Verkehrskonzept" - stimmten nur 2.642. Nebenbei: Bürgerentscheide in Bayern verlangen nur 15 % Zustimmung, so hätte es in Celle geklappt: Es waren 15,9 %.

Wahlbehinderung?

Die von CDU/WG beschlossenen Abstimmungsmodalitäten hatten schon vorher kaum Illusionen aufkommen lassen. Es gab keine individuelle Wahlbenachrichtigung, die Möglichkeit zur Briefwahl war ausgeschlossen. Letzteres ist demokratietheoretisch ein Hammer: Bekanntlich sollen Wahlen in Deutschland auch das Kriterium "allgemein" erfüllen. Nur wie kann das gelingen, wenn Menschen mit gebrochenem Bein im Krankenhaus liegen oder im Knast sitzen. Ihnen wurde so ein Bürgerrecht versagt. (Dass Menschen wegen der Schuhstraße keinen Urlaub sausen lassen oder ähnliches ist auf der praktischen Ebene sicherlich das größere Problem gewesen.) Leider hatte niemand den Nerv, auf dieser Basis die Wahl anzufechten - wäre wahrscheinlich ein juristischer Spaß geworden.

Oberbürgermeister Biermann, gelernter Jurist, wehrte die Kritik an seiner Wahlverhinderungsstrategie auf drei Ebenen ab.

Zum einen zog er sich darauf zurück, dass die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in Sachen Bürgerentscheid keine Briefwahl vorschreibt. ("Wir halten die Vorschriften ein.") Das ist zwar richtig, aber: Die NGO untersagt eine Briefwahl auch nicht. Es ist ins Belieben des jeweiligen Stadtrats gestellt.

Dann argumentierte Biermann mit den Kosten. In einer Verwaltungsvorlage wurden die auf 25.000 Euro hochgerech-

net. Dabei ging man von der kostenträchtigsten Variante aus. Eingerechnet wurden Personalkosten für fünf Personen, die für 16 Tage für die Briefwahl zuständig sein sollten. Abgesehen davon, dass das Verwaltungspersonal sowieso da ist und die Durchführung von Wahlen nun mal zum Job von Verwaltungen gehört, ist die Argumentation einigermaßen alltagsfremd. Der Schuhstraßeninitiative hätte es sicher gereicht, wenn die Briefwahlzettel in der Poststelle der Stadt in eine versiegelte Urne geschmissen und am Abstimmungstag um 18 Uhr von einem ehrenamtlichen Wahlvorstand ausgezählt worden wären. So wären praktisch überhaupt keine zusätzlichen Kosten angefallen. Es war eben vor allem nicht gewollt.

Das letzte Argument Biermanns ist nicht uninteressant: "Das ist keine Wahl." Da der Bürgerentscheid einem Ratsbeschluss gleichkomme, sei eine Briefwahl unlogisch. "Wenn Ratsmitglieder bei Abstimmungen wegen Krankheit fehlen, können sie ja schließlich auch keine Briefwahl machen." In einer Hinsicht ist das "Argument" völlig daneben: Zwar kommt der Bürgerentscheid einem Ratsbeschluss hinsichtlich seiner Wirkung gleich, aber die Formen der Abstimmung gleichzusetzen ist völliger Quatsch - und das nicht nur unter Gesichtspunkten des Alltagsverstands, sondern auch wegen der gänzlich unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen.

Wie beeindruckend die Zustimmung zum Bürgerbegehren letztlich war, zeigt ein Vergleich mit dem Ergebnis, das Biermann vor zwei Jahren zum Oberbürgermeister machte. Er wurde mit 11.296 Stimmen gewählt, darunter waren 2.656 Briefwähler. Diese abgezogen, hat Biermann in den Wahllokalen gerade mal 8.640 Stimmen auf sich versammelt. Polemisch gesprochen: In Celle braucht es weniger Zustimmung, um OB zu werden, als ein kleines Stück der Fußgängerzone zu erhalten.

Wahlbeeinflussung?

Im April fand schließlich noch ein richtiger "Wahl"-Kampf statt. Die Kontrahenten: Biermann gegen Bürgerbegehren. Die politischen Parteien hielten sich ziemlich heraus, wobei ihre Positionierung bekannt war. Dennoch lohnt ein genauerer Blick.

Biermann hatte im Rat ein "Verkehrskonzept" abstimmen lassen, für das CDU/WG und FDP votierten. Scheinbar wichtigster Bestandteil ist, die Schuhstraße für den Durchgangsverkehr zu öffnen. Nachdem die Initiative die erforderliche Anzahl von Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt hatte, war dieser Aspekt des "Verkehrskonzeptes" wieder offen, d.h. zur Abstimmung durch die BürgerInnen frei gegeben.

Einigermaßen erstaunt mussten Freunde des Grundgesetzes darüber sein, dass nicht die CDU/WG/FDP ihre Absichten in der Öffentlichkeit vertraten, sondern diesen Job fast gänzlich dem Oberbürgermeister überließen. Und dieser setzte einiges an Ressourcen ein: Die Stadt versandte an alle Haushalte eine Broschüre, in der das Verkehrskonzept vorgestellt und eine eindeutige Abstimmungsempfehlung gegen die Intention des Bürgerbegehrens ausgesprochen wurde. Es wurden Plakate gedruckt und geklebt (auf CDU-Plakatständern); in den Lokalzeitungen wurden Anzeigen geschaltet.

Biermanns Rechtfertigung für diese massive Parteinahme lief darauf hinaus, dass die Stadt ihre Bürger halt über Ratsbeschlüsse informiere. Die Frage muss erlaubt sein, ob es in der Geschichte der Stadt vorher schon einmal ein derartiges Mitteilungsbedürfnis über einen Aspekt wie ein Verkehrskonzept gegeben hat? Wichtiger ist aber die Frage, ob die Abstimmung damit überhaupt noch "frei" war?

"Frei" meint im Zusammenhang mit Wahlen in bürgerlichen Gesellschaften soviel wie, dass die Entscheidung frei von staatlicher Einflussnahme sein soll. Daraus ergibt sich z.B., dass Bundes- und Landesregierungen mit ihrer "Informations"-Arbeit nicht in Wahlkämpfe eingreifen, also einem eben gerade nicht zwei Wochen vor der Bundestagswahl eine Broschüre mit Bundesadler in den Briefkasten flattert. "Neutralitätspflicht" nennt man das. In Bayern gilt das auch für Gemeindeverwaltungen, in Niedersachsen nicht. Anders aber sieht es mit dem sogenannten Sachlichkeitsgebot aus. Auch in Niedersachsen sind die Verwaltungen verpflichtet, das Verfahren zum Bürgerentscheid ordnungsgemäß und sachlich durchzuführen. Die sachliche Durchführung des Verfahrens bedingt - so das Verwaltungsgericht Stade in einer Entscheidung aus dem Jahr 1998 - die Einhaltung des Sachlichkeitsgebots. Bezugnehmend auf eine Entscheidung des bayerischen Verfassungsgerichtshofes heißt es beim VG Stade, "dass das Sachlichkeitsgebot inhaltlich durch amtliche Äußerungen und Handlungen verletzt wird, die auf der Berücksichtigung der Freiheit zu werbewirksamen Formulierungen nicht mehr als sachbezogen gelten können." Das Sachlichkeitsgebot verbiete es Organen der Gemeinde, "eine Abstimmungsempfehlung in amtlicher Eigenschaft zu geben." (VG Stade 1 B 1777/98) Genau das aber hat Celles Oberbürgermeister getan. Auf den von der Stadt geklebten Plakaten heißt es: "Celle braucht Zukunft / deshalb NEIN zum Antrag der Schuhstraßen-Initiative".

Es ist relativ schade, dass es in der "Juristenstadt" Celle niemanden gibt, der/die den Oberbürgermeister an diesen Punkten mal vor einem Verwaltungsgericht mit seinem Demokratieverständnis konfrontiert. Politisch spielte die Frage des "Wie" der Abstimmung am Ende fast eine ähnlich große Rolle wie die Frage, "Worüber" nun abgestimmt wird. Schade war, dass sich die Schuhstraßen-Initiative auch mit diesem Thema abgeben musste. Das wäre nach meinem Verständnis Aufgabe der Ratsparteien SPD und Bündnisgrüne gewesen, die aber keine ernsthaften Versuche unternommen haben, Biermann in seinem Tun zu hindern.



Transparente in der Schuhstrasse

Wer gegen wen?

Im Wahlkampf wurde noch mal deutlich, welche Interessen von wem vertreten wurden. Biermann stieg für sein "Ringkonzept" in den Ring. In seiner Ecke mit dabei der Schlosskreis, also die von den Großflächengeschäften dominierte Interessengemeinschaft der Altstadt (Warg stellte am Ende sogar die städtischen Plakate vor seinem Geschäft aus), sowie die Industrie- und Handelskammer. Erst in der letzten Woche vor der Abstimmung wagten sich auch CDU und WG aus der Deckung und warben für "ihr" Verkehrskonzept. Wir haben in der letzten revista versucht darzulegen, wem es nutzt: Die Großflächengeschäfte betrachten die Altstadt quasi als Warenhaus, in dem man Kundenströme lenken will. Sie erhoffen sich insbesondere von der Marktverlegung einen entsprechenden Effekt. Und der Wochenmarkt muss nun mal verlegt werden, wenn man die Schuhstraße öffnet. Zusätzlich soll ja der Nordwall gegenläufig befahrbar werden, was das aktuell defizitäre Karstadt-Technikhaus in die schwarzen Zahlen bringen soll. Die Geschäfte in der Schuhstraße sind in dieser Logik ein zu vernachlässigendes Sortiment.

Das Bürgerbegehren Schuhstraße steht unbestritten für eine Mehrheit der Geschäftsinhaber und Marktbetreiber der Innenstadt, die die Schuhstraße so behalten wollen, wie sie ist. Und es vertritt die überwältigende Mehrheit der BewohnerInnen der Schuhstraße. Wer mit seiner Unterschrift das Bürgerbegehren unterstützt hat, tat dies vor allem, um die Fußgängerzone zu erhalten, in Teilen aber auch, um auf diesem Wege ein Votum gegen den Oberbürgermeister und die gesamte von ihm vertretene Stadtpolitik abzugeben.

Was sich selbst so gern "Vierte Gewalt" nennt, nämlich die Presse in Form der Celleschen Zeitung, ergriff so eindeutig Partei, dass ich mir irgendwann mal ihr Titellogo angeschaut habe. Auf dem wurde früher mal so was wie "unabhängig und überparteilich" verkündet. Doch das gibt es nicht mehr - wahrscheinlich schon lange. Warum diese Parteinahme? Die CZ ist rein vom Anzeigengeschäft her den Interessen der Großflächengeschäfte verbunden, was sich auch darin aus-

drückt, dass ihr Chefredakteur im Vorstand des "Schlosskreises" sitzt.

Taktisch war man sich auf Seiten der Freunde einer "Car-Stadt" nicht ganz einig. Biermann warb offensiv für das Verkehrs-"Konzept". Er rief dazu auf, zur Abstimmung zu gehen. Scheinbar erhoffte er sich von der Abstimmung bei dem von ihm betriebenen Aufwand sogar ein Votum für seine Vorstellungen. Andere - sowohl in der CDU wie in der CZ - sahen das realistischer. Und da eine eigene Mehrheit in der Abstimmung kaum zu erreichen war, vertraten sie die Auffassung, das Verkehrs-"Konzept" stünde ja nicht zur Abstimmung, weshalb man gar nicht an die Urnen müsse. Biermann ist auf dieser Ebene richtiggehend baden gegangen; nicht einmal in der konservativen Hochburg Boye konnte er eine Mehrheit gewinnen. Insgesamt votierten nur 4,6 % der Bevölkerung mit ihm. - Leider ist die Schuhstraßen-Initiative an diesem Punkt nicht auf Biermanns Logik eingeschwenkt, sondern hat eher vertreten, dass es bei der Abstimmung nur um die Schuhstraße und nicht um Verkehrskonzepte gehen würde.



Reclaim the Street

Das Bürgerbegehren Schuhstraße hat trotz der Abstimmungsniederlage einiges in dieser Stadt bewegt. Selten hat sich eine Basisinitiative vor Ort derart engagiert gegen ein Stadtplanungsprojekt gestellt und dabei soviel Zustimmung aus der Bevölkerung erfahren (das letzte Mal - und seinerzeit mit Unterstützung der CZ - gegen die Ostumgehungsplanungen der 1970er Jahre). Von außen zumindest entstand der Eindruck, dass die "Straßenkämpfer" ihre Positionen und Aktionen für alle transparent und offen abgestimmt und durchgeführt haben. Und das ist gar nicht mal so selbstverständlich bei all den Versuchen, die Initiative zu spalten bzw. mit juristischen Mitteln zu deckeln. (Gegen eine Darstellung, die ihn als Pinocchio karikierte, ging Biermann mit einer anwaltlichen Unterlassungsandrohung vor.) Richtig super war, wie die Bewohner sich ihre Straße angeeignet haben: Transparente an den Gebäuden, Plakate in den Fenstern, eine Aufmerksamkeit herstellende Baubandaktion und ein kleines RTS (= reclaim-the-street) - Kaffeetrinken auf dem auch heute schon befahrenen Teil. Da lässt es sich fast verschmerzen, dass die Initiative keine Scheu hatte, die BILD für ihre Sache einzuspannen.

Bündnisgrüne und SPD kooperierten mit der Bürgerinitiative, lange Zeit auch ohne sich allzu sehr in den Vordergrund zu drängen. Am Ende aber träumte die SPD mal

wieder von künftigen Mehrheiten in Celle. Jens Rejmann sah vor der Abstimmung gute Chancen, einen "historischen Sieg" einzufahren. Und er gab zu Protokoll für die Kommunalwahl 2006 mit nachhaltigen Wirkungen zu rechnen, zum Beispiel (wörtlich, O-Ton): "eine absolute SPD-Mehrheit". Hiermit entlarvte sich die leidige Trittbrettfahrerei, die quasi genetisch bei Parteien angelegt zu sein scheint. Und nach der Abstimmung konnte man sich kaum des Gefühls erwehren, dass sie sofort wieder in ein business-as-usual umschalten. So machte man am Tag nach der Abstimmung wieder in "Sachpolitik", statt z.B. eine erneute Abstimmung über die Schuhstraße zu verlangen und eine Prüfung des Verhaltens des Oberbürgermeisters einzuleiten. Aber auch die Bürgerinitiative war anscheinend erst mal so geschafft, dass eine Auswertung und die Entwicklung von Perspektiven auf sich warten lassen.

Anmerkung:

Bevor sich einige unserer LeserInnen verwundert die Augen reiben ob unserer "positiven" Bezugnahme auf den Bürgerentscheid, doch noch einen grundsätzlichen Satz zu den Möglichkeiten solcher "Mitbestimmungs"-Instrumente. Johannes Agnoli hat dazu vor 20 Jahren gesagt: "Der Einbau demokratischer Elemente in den Staat des Grundgesetzes könnte durchaus das politische Leben bereichern, es interessanter machen und "bürgernah" gestalten ... Aber wir werden dadurch bestimmt keine freiere Gesellschaft mit freieren Menschen haben."



Gemeinnutz geht vor Eigennutz

Die Celler CDU leidet wirklich an geschichtsblinder Amnesie. Oder lässt es sich anders erklären, wenn sie in einer großen Anzeige gegen das Bürgerbegehren der Schuhstraßeninitiative im "Celler Markt" und der "Celleschen Zeitung" mit der Parole: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" wirbt? Das lernt mensch doch heute wirklich schon in der Schule, dass dies ein zentraler Propagandasatz der Nazis war und als Punkt 24 im ersten Programm der NSDAP 1920 auftaucht: "Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz." Die Parole geriet nach 1933 in den Worten des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Dr. jur. Hans-Heinrich Lammers, zum "das gesamte Leben des Volkes beherrschende, alles umfassende und daher von der Staatsführung in den Vordergrund gestellte Glaubensbekenntnis des Nationalsozialismus".

Der Hamburger Historiker Michael Wildt beschrieb den Hintergrund zuletzt wie folgt: "Die Nationalsozialisten begriffen rasch - und das unterschied ihren Standpunkt fundamental von katholischen oder sozialdemokratischen Sozialtheoretikern -, dass sich mit der griffigen Formel >Gemeinnutz geht vor Eigennutz< der Rechtsstaat aushebeln ließ. Kraft dieses Satzes konnte die Trennung von privatem und öffentlichem Recht, damit zugleich auch der Schutz der Privatsphäre vor staatlichem Zugriff aufgehoben werden. Unter dem Gemeinwohlpostulat galten individuelle Rechte als eigennützig und wurden zugunsten der >Volksgemeinschaft< zurückgeschnitten."

In einem Leserbrief an die CZ machten Bernhard und Sigrid Dehn darauf aufmerksam, dass ab 1934 die 2 und 5 Reichsmark-Stücke mit diesem Spruch versehen wurden und dass der Slogan als propagandistische Begründung für die "Arisierung jüdischen Eigentums" genau so herhalten musste wie für die Begründung des Euthanasieprogramms der Nazis (dokumentiert durch das Amtsgericht Bayreuth unter Hinweis auf die Zeitschrift "Deutsche Justiz" 1933, S. 843 ff.: "Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird von den Nazis mit Gemeinnutz geht vor Eigennutz gerechtfertigt ... als bevölkerungspolitische Maßnahme, die eine tatkräftige und weitblickende Fürsorge für kommende Geschlechter verrät".).

Als die Schuhstraßen-Initiative auf diese Zusammenhänge aufmerksam hinwies, indem sie auf ihrer website einige "links" zum Thema anbot, machte die CZ daraus am Tag vor der Abstimmung den Titel: "Böser Vorwurf. Tiefschlag: Celler CDU mit NSDAP verglichen". Nun hatte zwar die Initiative die CDU nicht in die Nähe der NSDAP gerückt, darauf meinte nur die CZ es zuspitzen zu müssen. Gleichwohl tat man auf einmal so, als habe nicht die CDU sich hier gewaltig im Sprachgebrauch vergriffen, sondern die Initiative. Die Verteidigung der CDU las sich in der CZ dann so: "CDU-

Stadtverbands-Vorsitzender Heiko Gevers wertete den NSDAP-Vergleich als >totalen Tiefschlag<: >Die Nazis haben alles Mögliche gesagt. Wir meinten den Slogan im Sinne J.F. Kennedys: Nicht nur vom Staat Segnungen zu fordern, sondern selbst etwas für das Gemeinwesen zu tun.<" Nicht die Spur einer Selbstkritik, sondern das Gegenteil. Und auch pure Gedankenlosigkeit, denn inhaltlich besagt der Kennedy-Klassiker etwas völlig anderes, insoweit er keine Rechtsposition beschreibt, sondern an die Einzelnen appelliert, etwas für den Staat zu tun.



**Anzeige auf der Titelseite des
"Celler Markt" am 22.04.2004**

Heiko Gevers ist nicht nur Stadtverbands-Vorsitzender, sondern auch Chef im Büro des Nds. Kultusministers. Peinlich ist für ihn, dass er die Verwendung des Nazi-Slogans nicht nur verteidigt, sondern - wie er gegenüber nachfragenden Bürgern mitteilte - auch für die Verwendung verantwortlich zeichnet.

Andere CDU-Mitglieder machten die Höhe ihres Reflexionsniveaus deutlich, indem sie meinten, dann könne man ja wohl künftig auch nicht mehr "Autobahn" sagen. (Eine Argumentation, die ähnlich die NPD in ihrer Stellungnahme zum Verbotsantrag gegen die Partei benutzte.) Und die CZ fand sich besonders schlau, als sie ein Schuhstraßen-Transparent entdeckte, auf dem zu lesen war: "Die Altstadt ist unser Lebensraum / und nicht nur eine Car-Stadt." Kommentar: "Den >Lebensraum< zitierten auch die Nazis mit Vorliebe." Ein Eintrag im Gästebuch der CZ zum Thema ist mittlerweile gelöscht. Dort schrieb ein Rolf H.: "Sie können doch nicht allen Ernstes die Verwendung des Begriffs >Lebensraum< mit der Aussage >Gemeinnutz geht vor Eigennutz< gleichsetzen. >Lebensraum< gewinnt doch wirklich nur im Zusammenhang mit >Volk<, >Osten< oder >erobern< seinen braunen Kontext. Ansonsten könnten sich Naturschutzorganisationen ja gar nicht mehr retten ob der vielen Eintritte von Neo-Nazis. Der Slogan >Gemeinnutz geht vor Eigennutz< hat eine ganz andere Qualität. Das einzusehen müsste der schreibenden Zunft doch eigentlich gegeben sein?"

Das Thema war ziemlich schnell durch. Auch Bündnisgrüne und SPD sahen keinen Anlass, eine kritische Diskussion einzufordern. Im Gegenteil: Joachim Schulze von der SPD kritisierte die Initiative gegenüber der CZ sogar dahingehend, man hätte der CDU nicht lautstark die Benutzung von Nazi-Parolen vorwerfen sollen. Vielleicht auch nicht so erstaunlich bei Leuten, die den Schwachen der Gesellschaft mit Standortfloskeln ins Portmonee greifen.

Stolpersteine für Familie Feingersch

Mitte April begann Gunter Demnig mit der Verlegung von "Stolpersteinen" vor der Celler Synagoge. (siehe auch revista Nr. 20) Sie erinnern an fünf Mitglieder der jüdischen Familie Feingersch, die in nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgebracht wurden. Die Gedenksteine sind vor der Eingangstür zum ehemaligen Gemeindehaus (Im Kreise 23) ins Pflaster eingelegt, wo Isaak und Rebekka Feingersch mit ihrem jüngsten Sohn Hermann von 1937 an lebten. Sie wurden 1941 nach Riga deportiert.

Zum Start des von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit initiierten Gedenkprojekts sprachen neben dem 1. Vorsitzenden, Michael Stier, und der Stadträtin Bärbel Schütte auch der aus Israel angereiste Eli Elay (d.i. Elias Feingersch), der die rund 40 Anwesenden über das Schicksal der Familie informierte. Das Redemanuskript ist unter www.celle-im-nationalsozialismus.de/texte/feingersch.html dokumentiert.



Graffiti - CDU will Strafandrohung

Der Celler CDU-Landtagsabgeordnete Langspecht will illegale Graffiti künftig strafrechtlich geahndet wissen. Zur Zeit haben erwischte Sprayer zumeist nur zivilrechtliche Folgen zu erwarten. Die CZ machte daraus eine Story, die sich vor allem über linke Sprühparken echauffierte. Nun machen Parolen wie

"Radikal gegen Nation und Kapital" eher einen zu vernachlässigenden Teil der Graffiti-Kultur aus, aber Anfang des Jahres stand eben auch mal für einige Stunden "Gegen Kapitalismus" an den Verlagswänden der CZ. Einigermaßen peinlich wurde es dann bei der Suche nach Erklärungen. Mit einer Presseerklärung distanzierte sich der PDS-Kreisverband: "Wir haben es nicht nötig, mit gesetzeswidrigen Mitteln Politik zu machen", heißt es da. In der Tat, wer regierend den Sozialabbau in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit "gestaltet", hat's kaum nötig, mit Sprühparken für die Abschaffung von Sozial-Tickets im Berliner ÖPNV zu werben. Richtig übel wird einem dann leider, wenn sich die PDS auf Motivsuche begibt: "Meistens sind die Sprayer doch aus gutbürgerlichem Hause, die mit der Aktion gegen ihre Eltern rebellieren wollen. Politisches Engagement steckt da nicht dahinter." Auch die Celler Jusos mussten sich äußern. Sie lehnen illegale Graffiti als politische Meinungsäußerung ab, sind aber gegen "härtere Strafen".

Kampf gegen islamistischen Terror

Im Kampf gegen den islamistischen Terror hat die Polizei bei einem Großeinsatz mit rund 50 Beamten drei Gramm Heroin sichergestellt. Das wird Bin Ladens Netzwerk empfindlich getroffen haben. - Aber im Ernst: Bei einem Großeinsatz Anfang April, der tatsächlich unter dem Label "Bekämpfung des islamistischen Terrors" lief, wurden 49 PKWs durchsucht und 92 Personenkontrollen durchgeführt. Und im Rahmen der Aktion erwischte man zwei Dealer. Des Pudels Kern liegt allerdings eher im folgenden: "In der Hauptsache wurden Personen mit südländischem Aussehen kontrolliert", las man in der "CZ". Der tendenziell rassistische Begleitton ist unüberhörbar, der Zweck der Übung zu erahnen: Es geht schlicht um die Einschüchterung der nicht-deutschen Bevölkerung und die schleichende Etablierung repressiver

Polizeistaatsmethoden. Der Polizeibericht lässt hieran wenig Zweifel: "Eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter der Ausländerstelle des Ordnungsamtes der Stadt Celle waren außerdem vor Ort, um gegebenenfalls auftretende ausländerrechtliche Belange klären zu können. Beamte des Bundesgrenzschutzes nahmen zeitgleich Kontrollen im Bereich des Celler Bahnhofs vor."

Brennnesselkraut

Der Anti-Drogen-Kampf nimmt in Celle bizarre Formen an. Einem Sprayer, der wegen Sachbeschädigung vorm Amtsgericht gelandet war, drohte die Staatsanwaltschaft laut CZ an, er müsse sich demnächst auch "wegen eines Verbrechens (Besitz von Betäubungsmitteln in nicht geringen Mengen - 225 Gramm Marihuana und 25 Gramm getrocknetes Brennnesselkraut - sowie unerlaubter Besitz einer scharfen Schusswaffe) vor Gericht verantworten." Landfrauen und Wildpflanzenliebhaber hütet Euch! Finger weg vom Brennnesselkraut!

Feleknas Uca auf Platz 7

Durchaus Chancen auf eine weitere Periode im Europäischen Parlament (EP) kann sich Feleknas Uca machen. Die PDS-Abgeordnete aus Celle war bereits in den letzten fünf Jahren im EP. Auf dem PDS-Wahlparteitag wurde sie auf den Listenplatz 7 gewählt, der ihr bei etwa 7 % für die Partei weitere fünf Jahre in Brüssel beschern könnte. Ausschlaggebend war ein Schreiben des Vorstands der prokurdischen Demokratischen Volkspartei DEHAP aus der Türkei, der sich für Ucas Kandidatur ausgesprochen hatte. Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses der Türkei sei sie für die demokratischen Kräfte in der Türkei ein wichtiger Ansprechpartner im Europäischen Parlament. Auch der türkische Lehrerverband und eine Reihe türkischer PDS-Mitglieder hatten sich für Uca eingesetzt.

Gegen Abschiebung von Nuriye Kesbir

Rund 300 KurdInnen haben Mitte Mai in Celle eine Solidaritätskundgebung für Nuriye Kesbir durchgeführt. Damit reagierten sie auf die Entscheidung niederländischer Gerichte, die kurdische Politikerin an die Türkei auszuliefern. Die Yezidin Nuriye Kesbir tritt seit Jahren aktiv für die Rechte des kurdischen Volkes und von Frauen ein. Im September 2001 stellte sie in den Niederlanden Antrag auf politisches Asyl. Obwohl in der Türkei kurdischen PolitikerInnen die Todesstrafe und Folter droht, lehnte der niederländische Justizminister das Ersuchen ab und ließ sie verhaften. Die Türkei beantragte die Auslieferung. Am 7. Mai begann Nuriye Kesbir einen Hungerstreik. Ein Appell an das niederländische Justizministerium wurde von der Föderation der yezidischen Kurden (Celle), der Gemeinde der Yeziden e.V. (Bergen) und der Plattform Êzîdîscher Celler e.V. (Celle) unterstützt.

Heile dich selbst

Im Mai fand in Celle ein Kongress der "Gesellschaft für biologische Krebsabwehr" statt, dessen Programm in großen Teilen aus esoterischem Schnickschnack bestand. Es ist schon einigermaßen zynisch, Krebskranken mit der "Bachblüten-Therapie", den heilsamen Klängen von Kristallschalen oder Kinesiologie zu kommen. Zwischen den Zeilen lässt sich lesen: Wer Krebs hat, ist selber schuld - aber hat auch die Chance, sich selbst zu heilen, wenn sie/er sich nur für Esoterik öffnet. Da passte das Kursangebot "Familienstellen nach Hellinger". Hellinger gilt als einer der "Väter" der "systemischen Familientherapie". Aber selbst unter FamilientherapeutInnen ist er mittlerweile umstritten. Im Konzept Hellingers soll sich alles von der Familie her erklären. Dabei geht er davon aus, dass der Familienvater immer, selbst als Gewalttäter oder Vergewaltiger, im Recht ist. Seine KritikerInnen werfen ihm deshalb vor

"frauenfeindlich" und "protofaschistisch" zu sein; in der Zeitschrift "Psychologie heute" wurde ihm offener Antisemitismus vorgeworfen. Wohl nicht zu unrecht, ist Hellinger doch z.B. der Auffassung, dass diejenigen, die im Holocaust die Juden vernichteten, eigentlich am meisten gelitten hätten. Die Verteidigung der Nazi-Verbrecher ist ihm ein Anliegen, wie eine Aussage von seiner Homepage zeigt: "Es ist für mich auch ganz klar, wenn man auf unsere Soldaten vom letzten Krieg schaut, dass die Soldaten schon Helden waren. Was sie in diesem Krieg an Heldenmut geleistet haben in oft zweifelten Situationen und mit letztem Einsatz, das war schon überragend. Dass das jetzt alles verteufelt wird, schwächt unsere Generation." Der Studentische Sprecherrat der Universität München hat vor kurzem einen kleinen Sammelband herausgegeben, den sich zumindest kritische Fans der Familientherapie mal gönnen sollten: "Niemand kann seinem Schicksal entgegen ...". Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger.

Demo gegen Sozialkahlschlag

Rund eine halbe Million Menschen sind am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart auf die Straße gegangen, um gegen die Machenschaften der rot-grünen Bundesregierung zu protestieren. Aus dem Landkreis Celle sind knapp 150 Leute in den Bussen des DGB mit nach Berlin gefahren. Die KollegInnen



von ver.di stellten die meisten TeilnehmerInnen, ein Drittel waren nicht-gewerkschaftlich Organisierte, vergleichsweise gut war noch die Beteiligung der Baugewerkschafter - die Beteiligung der IGM und der GEW war äußerst mau. Eine kleine Gruppe vom Celler Social Forum verstärkte in Berlin den linksradikalen Act!/FAU-Block. Die teilweise recht guten Reden können bei Interesse nachgelesen werden unter: <http://www.labournet.de/news/2004/Dienstag1304.html>

Herero haben gestänkert

Das Celler Garnisons Museum hat sich zuletzt um das Andenken eines deutschen Kolonialkriegers verdient gemacht. Ein vor dem Stadtpalais liegender Gedenkstein für den zum 77er-Regiment gehörenden und in "Deutsch-Südwest" "gefallenen" Musketier Christian Reinecke wurde gesäubert und "in einen würdigen Zustand" versetzt. Auf Nachfrage erfuhr die CZ beim 2. Vorsitzenden des Garnison-Museums, Karl Geiger, etwas über die historischen Hintergründe; O-Ton Geiger: "Die Herero haben da etwas gestänkert, auch andere Stämme haben dort geputzt." Gunter Jehle von der CZ kritisierte indirekt, dass der Gedenkstein gänzlich ohne eine Erklärung über die deutschen Kolonialverbrechen im öffentlichen Raum rumliegt.

Verkehrskonzept eine Luftnummer

Die Initiative Bürgerbegehren Schuhstraße hatte kurz vor dem Urnengang noch an ein städtisches Gutachten aus dem Jahr 1986 erinnert, in dem die im Biermannschen Konzept der zwei Ringe vorgesehene gegenläufige Befahrbarkeit des Nordwalls praktisch ausgeschlossen wird. Im Gutachten heißt es u.a.: "Die ... Fahrbahnbreite lässt eine Zwei-

Richtungs-Führung ... nicht zu." "Durch einen Zwei-Richtungs-Führung wird der Ladeverkehr unterbunden." "Der Radfahrerverkehr wäre gesichert nicht abwickelbar. Die Fußgänger könnten nicht sicher geführt werden." "Insgesamt ist festzustellen, dass die den Nordwall betreffende Forderung (nach Zweispurigkeit) nur unter Abriss von vorhandener wertvoller Bausubstanz realisiert werden könnte." (Das gesamte Gutachten ist abrufbar unter <http://www.celle-schuhstrasse.de/Nordwall-gutachten.pdf>) Von Seiten der Stadt wiegelt man ab; Pressesprecher Fischer: "Vor 18 Jahren wurde keine Gesamtbetrachtung unter den heutigen Gegebenheiten vorgenommen." In der Haushaltsbroschüre zum sogenannten Verkehrskonzept wird der "Nordwall" als "Herz des äußeren Rings" bezeichnet. Bleibt man im Bild, kann man wohl schon heute den "Infarkt" prophezeien.

Schwarzer Sheriff als "müder Joe"

Die sogenannte City-Streife gibt's nicht mehr. Die Stadt kündigte den Vertrag mit der "HS-Dienstleistungs GmbH" aus dem thüringischen Schwarzburg. Den filmreifen Schlusspunkt setzte einer der Cops, als er im Dienstwagen schlafend von der Polizei angetroffen wurde. Um Dienstkilometer zu machen, hatte er den Wagen aufgebockt und bei laufendem Motor und drehenden Rädern ein Nickerchen gehalten. Der Mann hat einen richtig schwarzen, nämlich den Anarcho-Orden verdient. Schade, dass er erwischt wurde. Denn "seine" Firma hätte es verdient, ihr ein Schnippchen zu schlagen: Im August 2003 war die erste "Goldene Nase" an sie vergeben worden, ein Preis, der skandalöses Verhalten im Umgang mit Arbeitnehmern öffentlich anprangert. Begründung: Bei der "HS-Dienstleistungs GmbH" würde ein bis zu teilweise 50 % unter dem Tarif liegender Lohn gezahlt, den Beschäftigten würden neben der oft 14stündigen Arbeitszeit freie Tage oder Wochenenden über Monate hinweg

nicht gewährt, statt der tariflichen 28 Tage Urlaub erhielten sie nur 24 Tage usw..

Keine RatherrInnen

Der Stadtrat wählte im Mai die bisherige Schulsekretärin Brigitte Fischer zur neuen Frauenbeauftragten. Verwaltungsspitze und Ratsmehrheit befanden zudem eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden für ausreichend, um den Interessen von Frauen Geltung zu verschaffen. Bisher waren es 25 Stunden. SPD und Bündnisgrüne kritisierten sowohl die Kürzung der Arbeitszeit wie auch, dass die Stelle nur verwaltungsintern ausgeschrieben wurde. Um dem frauenpolitischen Rollback auch symbolisch noch das Tüpfelchen aufs "i" zu geben, bemängelte der FDP-Ratsherr Encke eine Vorlage der Jugendpflege, die das große "I" (z.B. GruppenleiterInnen) benutzte. Der Rat gab ihm recht: Städtische Vorlagen sollen Duden-konform sein.

Biermann für Runen-Fan

Wissenschaftlich ist die Sache entschieden. Das Buch "Formen, Schmuck und Symbolik im Fachwerkbau" von Manfred Gerner ist vom Fraunhofer IRB Verlag vom Markt genommen worden, weil es nicht nur unhaltbare Thesen vertritt, sondern der Autor - wie einer der Kritiker bemerkte - auf die Propaganda der SS-Organisation "Ahnenerbe" hereingefallen ist.

Für Celle nun ist diese Auseinandersetzung weniger interessant, weil Gerner auch Celler Fachwerk als Beleg benutzte, sondern weil und wie sich der Oberbürgermeister einmischte. Biermann sitzt zusammen mit dem kritisierten Autor in der "Arbeitsgemeinschaft Historische Fachwerkstädte". Für seinen Vorstandskollegen schwang Celles OB dann gleich die ganz dicke Keule einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Gerichtet an den bayerischen Wissenschaftsminister Thomas Goppel. "Mundtot" gemacht werden sollte damit

der Leiter des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, Ulrich Großmann. Er hatte in einer Rezension das Buch Gerner als "bar jeder wissenschaftlichen Methodik" bezeichnet und kritisiert, dass "das von Gerner zugrunde gelegte Bild der Runen ... ganz und gar dem Forschungsstand des Dritten Reiches (entspricht)." Der bayerische Wissenschaftsminister wies die Beschwerde Biermanns ab.

Mit seiner Einmischung hat Celles OB ein Eigentor produziert, das Folgen haben müsste. Denn nun sind folgende Fragen zu beantworten: Kann sich die "Arbeitsgemeinschaft Historische Fachwerkstädte" weiterhin ein Vorstandsmitglied leisten, das Theorien aus dem Nationalsozialismus als neuesten Stand der Forschung verkauft? Kann sich die "Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte" mit Martin Biermann weiterhin einen Vorsitzenden leisten, der für einen diskreditierten Kollegen mit Mitteln intervenierte, die mit der "Freiheit der Wissenschaft" nun gar nichts mehr zu tun haben?

[Die Rezension von Großmann gibt's übrigens zu lesen unter http://www.arbeitskreisfuerhausforschung.de/AHF-MI_1/Rezensionen/rezensionen.html]

Gebühren wegen Residenzpflicht

Eine geradezu absurde Abzockerei betreiben Stadt und Landkreis Celle seit einiger Zeit gegenüber Flüchtlingen. Bekanntlich dürfen AsylbewerberInnen den ihnen zugewiesenen Wohnort nur mit einer Genehmigung verlassen ("Residenzpflicht"). D.h., bevor Flüchtlinge ihren Rechtsanwalt in Hannover, ihre Verwandten in Peine oder eine Kulturveranstaltung in Hannover besuchen, müssen sie sich in Celles Amtsstuben eine Genehmigung holen. So will es das Gesetz. Nun müssen die Flüchtlinge für diese diskriminierende Regelung auch noch zahlen. 8 Euro kostet jeder Bescheid, der zum Verlassen von Stadt und Landkreis berechtigt. Wer's ohne Genehmigung tut, begeht eine Ordnungswidrigkeit.

Skins prügeln sich bei Osterfeuer

Bei dem Klein-Hehler Osterfeuer liefen dieses Jahr ein rundes Dutzend Skins auf, die im Verlauf des Abends eine Schlägerei anzettelten. Ein Skinhead sei dabei mit einer Bierflasche verletzt worden. Die Organisatoren spielten den Vorfall herunter. Und auch die Polizei wollte sich hinterher nicht mehr sicher sein, ob die "Glatzen" denn nun "Glatzen" waren oder nur welche hatten.

Nazi-Skins beim Faßberger "Umsonst & Draußen"

Bei einem "Umsonst & Draußen"-Festival zugunsten der Jugendpflege in Faßberg Mitte Mai waren auch rund 20 Nazi-Skins unter den BesucherInnen. Die Nazis provozierten eine Schlägerei, wobei die Polizei sich sinnigerweise mal wieder nicht gegen die Glatzen, sondern gegen die FestivalbesucherInnen vorgeht, die nicht mit Nazis zusammen feiern wollten. Mit dabei auch Klaus Hellmund, der offensichtlich die gegen ihn verhängte Haftstrafe noch nicht antreten musste. Und so konnte er bereits am 01. Mai in Berlin an einer Nazidemonstration teilnehmen.



**Hellmund in Berlin mit
Megaphon**

900 Euro Strafe für Rechtsextremisten

Das Oberlandesgericht Celle bestätigte jüngst die Verurteilung des 81-Jährigen Rechtsextremisten Johannes Peter Ney zu einer Geldstrafe von 900.-Euro. Das Urteil wegen Beleidigung des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, ist damit rechtskräftig. Ney hatte im Juli 2000 in einem "offenen Brief" an Bundeskanzler Schröder und Bundesinnenminister Schily Paul Spiegel als Mitglied einer "fremdvölkischen Minderheit" bezeichnet. Ein Jude dürfe bei der Zuwanderungskommission nicht über "Lebensfragen der Deutschen" zu befinden haben, hetzte Ney. In Celle ist der Rechtsextremist bekannt durch seine Auftritte bei den "Hetendorfer Tagungswochen". Dort referierte er zu den Themen: "Rasse und Heimat" (1993) und "Der Ursprung des deutschen Volkes" (1994).

Köhler bei den REPs wieder im Landesvorstand

Wilhelm Köhler aus Meißendorf wurde auf dem Landesparteitag der Republikaner Anfang März in Verden/Aller wieder in den Landesvorstand gewählt und bekleidet nun die Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden. Auf den Internetseiten der REPs wird bemängelt, dass mit dem Parteitag keine Öffentlichkeit erreicht werden konnte und es wird über eine "Medienmauer" geklagt. Um das zu ändern versuchen die REPs sich mit öffentlichen Kundgebungen ins Gespräch zu bringen und das mit nur mäßigen Erfolg. Am 17. April fand eine Kundgebung in Lüneburg statt, auf der die Spitzenkandidatin der REPs zur Europawahl, Uschi Winkelsett, sprach. Ganze vierzehn Personen nahmen an dieser Kundgebung teil darunter auch Wilhelm Köhler, dem es nicht zu peinlich war, diesem Debakel im Internetforum der REPs auch noch was Positives abzugewinnen: "Die

Veranstaltung in Lüneburg war durchaus kein Reinfall! Im Gegenteil, durch Mundpropaganda und durch die Presse erfährt der Bürger, daß die Republikaner immer noch existent sind und durchaus auch aktiv." Diesem Irrglauben aufgesessen, nahm er auch am 15. Mai an einer Kundgebung der REPs in Norden teil.

Ex-REP will in die CDU

Der über die Liste der "Republikaner" in den Stadtrat gewählte Klaus Schaa will in die CDU-Fraktion. Schaa war vor einiger Zeit aus der rechtsextremistischen Partei ausgetreten und "wirkt" seitdem als fraktionsloser Ratsherr. Die CDU zielt sich noch ein bisschen, teilte aber schon mit, dass man mit der Aufnahme ehemaliger REPs (wie Dieter Großmann, heute für die CDU im Kreistag) gute Erfahrungen gemacht habe

Bodenhausen kandidiert für die Deutsche Partei

Obwohl es in Celle um die "Deutsche Partei" (DP) ziemlich ruhig geworden ist, so ist hier vor Ort mit Hans-Erich von Bodenhausen eine der aktiven Personen der Partei ansässig. Neben seinem Job als Bundesschatzmeister bekleidet er auch noch die Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden in Niedersachsen. Nun kandidiert er zur Wahl zum Europaparlament am 13.06.2004 für die DP. Dabei schaffte er es immerhin auf Platz fünf der zwanzig Kandidaten umfassenden Bundesliste. Mittlerweile hat sich die DP so weit dem rechtsextremistischen Spektrum geöffnet, dass die Bemühungen der Partei sich als rechtskonservative Organisation darzustellen ad absurdum geführt werden. Das hat zur Folge, dass der niedersächsische Verfassungsschutz nicht mehr umhin kam, die Partei in seinen aktuellen Jahresbericht mit aufzunehmen.

Zu den Folgen von Hartz IV



"Hier wird die Menschenwürde, wie sie sich rudimentär in der aktuellen Sozialgesetzgebung noch findet, außer Kraft gesetzt. Statt dessen sollen Menschen mit einem

Ordnungsrecht, das an Polizeigesetze des 19. Jahrhunderts erinnert, auf ihre scheinbar nur noch relevante Funktion als Arbeitskraft zurechtgestutzt werden." Auf diese These spitzen Referenten vom Diakonischen Werk Celle, der Erwerbslosengruppe abc und des Social Forum Celle auf einem Treffen des Sozialpolitischen Bündnisses Celle die Wirkung der im Januar 2005 in Kraft tretenden Arbeitsmarktgesetze zu.

Sowohl aus der Sicht der Betroffenen wie aus der Sicht der Sozialarbeit sahen die Referenten eine radikale Wende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, deren Wirkungen in der Gesellschaft überhaupt noch nicht realisiert seien. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, künftig geregelt über das Sozialgesetzbuch (SGB) II, bringt massive materielle Einschnitte und entwickelt Strategien einer repressiven Armenpolitik, die sich im Satz "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" auf den Punkt bringen lassen. Dass dies in einer Gesellschaft mit Massenarbeitslosigkeit umgesetzt werden soll, ist perfide. Es wird um so zynischer, weil alle wissen, dass durch die Maßnahmen der Hartz-Gesetze keine regulären Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Auf der Ebene der schönen Reden ist immer von "Fördern und Fordern" die Rede. Die Referenten machten deutlich, dass es zum Aspekt des "Forderns" jede Menge konkreter gesetzlicher Festschreibungen gebe, sich in der Frage des "Förderns" aber alles auf "Kann"-Leistungen beschränke. Das ganze neue SGB II sei geprägt vom Sprachduktus der oberen Verwaltungsgerichte, wobei die prägenden Elemente sich aber negativ auf deren Entscheidungen beziehen. Bisher hatte, wozu die Verwaltungsgerichte die Sozialämter "verpflichteten", rechtsprägenden Charakter. So war klar, dass die Kosten für die Wohnung von SozialhilfebezieherInnen übernommen werden mussten. Im neuen SGB II besteht diese "Verpflichtung" nur noch maximal sechs Monate, wenn dem Träger die Miete nicht angemessen erscheint. Wenn die Betroffenen innerhalb von sechs Monaten nichts "Angemessenes" finden, erhalten sie schlicht die Mietkosten nicht mehr.

Die Sachbearbeiter sollen künftig "Fall-Manager" heißen. Auch damit ist mehr verbunden, als der Austausch ihrer Berufsbezeichnung. Denn: Sie erhalten ein ausgeweitetes Handlungsspektrum und einen Sanktionskatalog von Gewicht. Gab es - bei aller Kritik an den MitarbeiterInnen der BA - bisher noch den Anspruch eines "Miteinander", so kann dies im kommenden Jahr in eine reine Festlegungspraxis münden. Die sogenannte "Eingliederungsvereinbarung" dürf-

te den Charakter von Bewährungsaufgaben annehmen, bei denen die Betroffenen nicht mehr die geringsten Mitspracherechte haben. Dazu passt, dass vielerorts die MitarbeiterInnen der heutigen Sozialämter, an die Schreibtische der Jobcenter umziehen werden.

Mit Sanktionen kann künftig jedeR Erwerbslose belegt werden, die/der zu Zumutungen der BA "Nein" sagt. Das beginnt schon bei der "Eingliederungsvereinbarung", die eben nichts mit einer Vereinbarung auf Freiwilligkeit zu tun hat. Es kann schlicht und einfach vom "Fall-Manager" festgelegt werden, welchen Umfang die "Eigenbemühungen" haben sollen, dass die Erwerbslosen an einer Suchtberatung teilzunehmen haben, dass sie bei einem Träger gemeinnützige Arbeit zu leisten haben usw. usw. Das geht sogar soweit, dass der "Fall-Manager" vom Lebenspartner des Erwerbslosen eine Suchttherapie einfordern kann, wenn dies als Arbeitshemmnis des Erwerbslosen angesehen wird. Erfüllen Erwerbslose die Auflagen der Eingliederungsvereinbarung nicht, können sofort Leistungskürzungen angeordnet werden. Das Gesetz verlangt in der Regel eine 30 % Kürzung der Regelleistung für drei Monate. Ist die "Strafe" verhängt, gibt's kein Zurück, auch wenn die Betroffenen am nächsten Tag die Auflage erfüllen würden.

Insgesamt will die Gesetzgebung den Arbeitszwang zu einem prägenden Betsandteil der Gesellschaft machen; in Deutschland gibt es kein "Recht auf Arbeit", es gibt künftig einen "Zwang zur Arbeit". Dass die Arbeitsverhältnisse, mit denen Erwerbslose malträtiert werden sollen, zum überwiegenden Teil im Niedriglohnsektor und als gemeinnützige Arbeit mit Mehrbedarfszuschlag angesiedelt sind, wird - denkt Mensch nur logisch - nicht zu neuen Normalarbeitsverhältnissen, sondern im Gegenteil zu deren Abbau führen.

Die Diskussion über Gegenstrategien blieb eher im Vagen. Mit Öffentlichkeitsarbeit und einer Beratungsoffensive soll versucht werden, die wenigen Gestaltungsspielräume, die das SGB II in der Praxis bieten könnte, zugunsten der Betroffenen zu nutzen. Bei welchem Träger aber eine solche Beratungsoffensive angesiedelt sein könnte, blieb offen. Die Zuspitzung des Forderungskatalogs auf Aspekte wie "Arbeitszeitverkürzung", "500 Euro-Regelleistung" oder einen "Mindestlohn" wurden zwar andiskutiert, es zeigt sich aber, dass sie in dem Sozialpolitischen Bündnis Celle wahrscheinlich keine Arbeitsgrundlage bilden können. Zu unterschiedlich sind dann doch die Arbeitsfelder von Gewerkschaften, Diakonischem Werk, Sozialverband Deutschland oder Attac - die alle in dem Bündnis vertreten sind.

Immerhin bietet das neue SGB II an einem Punkt wirklich Anlass, "unserem" Autokanzler zu danken. Als nicht anzurechnendes Vermögen gilt, so § 12, "ein angemessenes

Kraftfahrzeug für jeden in der Bedarfsgemeinschaft lebenden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen". Damit gestattet die Regierung der Familie eines Erwerbslosen mit zwei 16- bzw. 17-jährigen Kindern immerhin den Besitz von vier Autos. Wie tröstlich. Und auch wie makaber; denn - ohne Witz -

empfiehlt sich für manche Erwerbslose, die mit ihren Barbeständen über der geschützten Grenze liegen, die Anschaffung eines "angemessenen" PKW, bevor sie das Geld für Brot und Butter ausgeben müssen, weil die BA nichts mehr zahlt, bis das "Vermögen" aufgebraucht ist.

Klaus-Jürgen Hedrich mobilisiert gegen Venezuela

"... , muss möglicherweise die Armee intervenieren."



In der Lokalpresse ist der Celler Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hedrich im wesentlichen als Streiter für die Ostumgehung wahrnehmbar. Auf nationalem Terrain hat er nur

wenig Berührungspunkte zum Lager der sogenannten "Neuen Rechten" (siehe revista Nr. 21), auf internationalem Parkett machte er zuletzt gegen die "bolivarianische Revolution" in Venezuela Front. Das brachte ihm am Ende sogar eine Anzeige wegen "Volksverhetzung" ein, die aber vom wesentlichen ablenkt.

Als ehemaliger Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium darf Klaus-Jürgen Hedrich seine letzte Wahlperiode noch mal im Auswärtigen Ausschuss verbringen, was ihm neben dem Sammeln vieler Flugkilometer auch die Gelegenheit bietet, gegen die alten und neuen Bastionen nationaler Befreiungsversuche zu Felde zu ziehen. Der neueste Feind auf der Landkarte des Bösen ist Venezuela. Selbstverständlich erst, seitdem ein linkspopulistischer Staatschef namens Hugo Chávez das dortige Bürgertum zur Weißglut bringt. Das wäre "unserem" Vertreter der "freien Welt" wahrscheinlich egal, wäre nicht Venezuela auch der fünfgrößte Erdölproduzent. Er sieht das Land "gegenwärtig an der Schwelle zur Diktatur".

Am 12. Februar brachte Hedrich für die CDU/CSU-Fraktion einen Entschließungsantrag in den Bundestag ein, in dem die Regierung mehr oder weniger unverblümt aufgefordert wird, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen. In der Begründung bedient man sich all dessen, was die Giftküchen der CIA aktuell hergeben: Die Basisgruppen "Circulos Bolivarianos", von der CDU "bolivarianische Kreise" genannt, werden zu "bewaffneten Kampfeinheiten", die Überfälle auf Abgeordnete werden den Anhängern der Regierung zugeschrieben und die kubanischen Ärzte in Venezuela werden zu Geheimdienstagenten. Demgegenüber ist die Opposition "demokratisch": Kein Wort vom Putsch im April 2002, kein Wort von den Mordanschlägen auf Chávez und über die Morde an

Bauernführern und Aktivisten, kein Wort über die Überfälle kolumbianischer Paramilitärs im venezolanischen Grenzgebiet. Und natürlich kein Wort über die Finanzierung der Opposition durch die USA und die direkte Verwicklung der US-Botschaft in den Putsch und die Sabotageaktionen der Opposition.

In der Parlamentsdebatte am 12. März legte Hedrich noch mal nach. Mit der unbewiesenen Behauptung, Chávez schütze und dulde die kolumbianische FARC-Guerilla auf seinem Territorium, nahm er Venezuela in die Liste von "Schurkenstaaten" auf: "Dieses Land ist auf dem Weg in einen autoritären Unrechtsstaat. Man sagt, Chávez sei demokratisch gewählt. Das war auch Hitler." - Das ging selbst den Fraktionen von SPD und Bündnisgrünen etwas weit. Die "einseitige Parteinahme für die Opposition" sei wenig hilfreich. Der Antrag wurde abgelehnt, auch wenn man es ansonsten an paternalischen Ratschlägen an die venezolanische Regierung nicht fehlen ließ. (Wie die angeblichen FARC-Connection in die Welt gesetzt wurde, berichtet übrigens Dario Azzellini - nachzulesen unter: www.labournet.de/internationales/ve/weltkongress2.html.)

In der "Jungen Welt" vom 20. März fragt Harald Neuber den Celler Bundestagsabgeordneten auch nach möglichen Entwicklungen. So habe ja die von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte Partei "Primero Justicia" in Zeitungsanzeigen die Armee zum Widerstand gegen die Regierung aufgerufen: "Ist das mit rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar?" Darauf Hedrich: "Wenn Chávez nicht auf einen demokratischen Weg zurückkehrt, muss möglicherweise die Armee intervenieren."

Dagegen dürfte leider nicht mehr als eine PR-Aktion sein, was sich der Würzburger ATTAC-Sprecher Michael Kraus einfallen ließ. Er stellte eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung, weil Hedrichs Gleichsetzung von Chávez und Hitler dazu angetan sei, "die Verbrechen des deutschen Faschismus in revisionistischer Manier herunterzuspielen." Ich denke, dass das vom wesentlichen ablenkt: Hedrich redet einem Interventionismus das Wort, der getragen ist von einem Gedanken, den er gegenüber dem "Argentinischen Tageblatt" am 8. März in den Satz fasste: "Zonen der Ordnungslosigkeit dürfen weltweit nicht akzeptiert werden." Die Ordnung, von der er redet, ist die kapitalistische Weltordnung, aus der es kein Entrinnen geben soll.

Die Gesamtbelastung des Kapitals ist in Deutschland so niedrig wie in keinem anderen Land der EU

Steuerparadies BRD



Um den Sachverstand ist es beim "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" nicht gut bestellt: Die "durchschnittliche Steuerbelastung für Unternehmen" setzen die "Fünf Weisen" für Deutschland mit 37,2 Prozent an, um danach eine steuerliche Spitzenbelastung im Rahmen der EU zu konstatieren. Die Zahlen mögen stimmen, wenn man die formellen Steuersätze - 25 Prozent Körperschaftsteuer und etwa 12 bis 13 Prozent Gewerbeertragsteuer - addiert. In keinem anderen Industrieland der Welt sind jedoch die Steuervermeidungsmöglichkeiten und damit die Diskrepanz zwischen nominalen und realen Steuersätzen so groß wie in Deutschland. Die effektive Besteuerung von Konzerngewinnen macht nur einen Bruchteil der nominalen Steuersätze aus. Die EU-Kommission kommt denn auch zu einem ganz anderen Ergebnis. Mitte vergangenen Jahres legte sie eine vergleichende Betrachtung der steuerlichen Belastung der "Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit" vor. Dem "Produktionsfaktor Kapital" wurden dabei Gewinn- und Ertragsteuern sowie Vermögen- und Grundsteuern zugerechnet. Die Daten widerlegen die Mär von der hohen Besteuerung von Unternehmen und Kapital in Deutschland. Mit 22,6 Prozent Gesamtbelastung ist Deutschland - mit Ausnahme des Sonderfalls Griechenland - das EU-Mitgliedsland mit der niedrigsten Steuerbelastung des Faktors Kapital unter allen fünfzehn Mitgliedsländern. Es liegt weit unter dem EU-Durchschnitt von 29,8 Prozent.

Dagegen wird der Faktor Arbeit in Deutschland mit 39,9 Prozent überdurchschnittlich im Rahmen der EU (37,0 Prozent) durch Steuern und Sozialabgaben belastet. In diesem "Steuersatz" auf Arbeit sind die Sozialabgaben enthalten, die den abhängig Beschäftigten wie Lohnsteuern abgezogen werden.

Betrachtet man das gesamte Steueraufkommen in der BRD, dann leisten Konzerne, Unternehmer, Aktionäre und Reiche einen außerordentlich kleinen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 der SPD-Grünen-Regierung sank ihr Anteil am Steueraufkommen auf das historische Tief von 11,6 Prozent (siehe Grafik rechts). Rechnet man die Konzernsubventionen, öffentlichen Aufträge und Beratungsverträge, Rüstungs- und Forschungsgelder sowie staatliche Zinszahlungen an Banken und Geldvermögende dagegen, dann plündern sie die Staatskassen um ein Vielfaches dessen, was sie an Steueralmosen abgeben.

20 Jahre Umverteilung

Der Anteil der Gewinnsteuern an den Steuereinnahmen des Fiskus war 2003 weniger als halb so groß wie im Jahr 1980. Anders herum: Würden die Gewinnsteuern heute den gleichen Anteil am Steueraufkommen erbringen wie ein knappes Vierteljahrhundert davor, dann hätte das Steuermehreinnahmen von 62 Milliarden Euro im Jahr zur Folge. Die soziale Sicherung ist nicht an ihre Finanzierungsgrenzen gestoßen, weil die Bürger den "Sozialstaat überforderten", sondern weil Gier und Geiz der Besitzenden die Staatskassen ausraubten. Über die staatliche Steuerpolitik erfolgte in den vergangenen zwanzig Jahren eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Lohnsteuerzahler und Verbraucher wurden im Zuge dieser Umverteilungspolitik zu den alleinigen Melkkühen des Fiskus. Aus ihnen wurden im Jahr 2003 80 Prozent des Steueraufkommens herausgepreßt, 18 Prozentpunkte mehr als im Jahr 1980. Die restlichen Stufen der hochgejubelten Steuerreform - 2004 und 2005 - werden die Schieflage zwischen Masseneinkommen und höheren bzw. Gewinneinkommen noch verstärken. Ein Durchschnittsverdiener mit einem Jahresverdienst von 30 000 Euro wird 2004 mit 484 Euro und 2005 mit weiteren 160 Euro im Jahr entlastet, aber nur, wenn er nicht zur Arbeit pendeln muß, kein Eigenheim baut und auch sonst nicht gegenfinanziert wird. Als Otto Normalverbraucher wird ihm jedoch ein weit höherer Betrag durch Verteuerung der Zigaretten (Tabaksteuer) und Gesundheitskosten wieder aus der Tasche gezogen. Kein Wunder, daß von der Steuerreform bislang keinerlei Nachfrage- und Konjunkturimpulse ausgegangen sind und auch nicht zu erwarten sind.

Von Stufe zwei und drei der "Jahrhundertsteuerreform" (Eichel) profitieren primär die Spitzenverdiener mit einem hohen Sättigungsgrad beim Konsum und einer "Sparneigung" bzw. Spekulationslust, die bei zusätzlichen Einkommen fast hundert Prozent erreicht. Bis zum Jahr 2005 wird der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent gesenkt, die vierte Absenkung seit Schröders Regierungsantritt. Jahrzehntlang davor blieb er unverändert auf einer Höhe von 53 Prozent. Deutschlands teuerste Topmanager Josef Ackermann, Boß der Deutschen Bank, und Daimler-Chef Jürgen Schrempp mit jeweils elf Millionen Euro Jahres"verdienst" sparen dann ab 2005 pro Kopf circa 1,2 Millionen Euro Steuern im Vergleich zum Tarif 1999. Inwiefern dadurch die Konjunktur stimuliert und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, bleibt ein Geheimnis der SPD-Grünen-Koalition. Die Folge ist vielmehr, daß eine weitere Steuerquelle, die "veranlagte Einkommensteuer", aus der im Jahr 2000 immerhin noch zwölf Milliarden Euro in die Staatskassen sprudelten, endgültig versiegen dürfte.

Gewinnsteuern sind "out"

Bei den Gewinnsteuern der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) - Körperschaftsteuer und anteilige Gewerbeertragsteuer - ist das bereits der Fall. "Kapitalgesellschaften leisten in ihrer Gesamtheit überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung", stellte der international renommierte Steuerexperte Professor Lorenz Jarass, selbst Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmenssteuern fest. 2001 mußten die Finanzämter sogar per Saldo 0,4 Milliarden mehr an die Konzerne zurückzahlen als sie an Körperschaftsteuern einnahmen. Großkonzerne wie Bayer, RWE, Dresdner Bank, Vodafone und Telekom erhielten dreistellige Millionenbeträge zurückerstattet. In der Siemens-AG-Bilanz, die im wesentlichen das Inlandsgeschäft des Elektromultis ausweist, liest man folgendes Kuriosum: Gewinn vor Steuern: 680 Millionen Euro; Jahresüberschuß (Gewinn nach Steuern): 1 009 Millionen Euro. 329 Millionen Euro, über ein Drittel, hatte der Fiskus zum Inlandskonzerngewinn beigesteuert.

Finanzminister Eichel machte für den Steuerschwund die lahrende Konjunktur und die damit einhergehende, verschlechterte Gewinnsituation verantwortlich. Das Gegenteil ist richtig. Wie das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) in seiner jüngst erschienenen "Bilanz 2003 - Ausblick 2004" nachweist, lagen die Profite der Kapitalgesellschaften in jedem der Jahre 2001 bis 2003 höher als im Boomjahr 2000. Das Körperschaftsteueraufkommen hätte also steigen müssen und nicht sinken dürfen. Der Steuerausfall allein bei dieser Steuer betrug jedoch in den drei Jahren zusammen 60 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2000. Auch der Ausfall an Gewerbesteuer - rund zehn Milliarden Euro in drei Jahren - geht größtenteils auf das Konto der Kapitalgesellschaften. Die Ursache dafür liegt in den zahlreichen neuen Entlastungen im Rahmen der Unternehmenssteuerreform - Senkung Steuersatz, Steuerfreiheit Veräußerungsgewinne, steuerfreie Auflösung von stillen Reserven für Ausschüttungen, unbegrenzter Verlustvortrag - bei Beibehaltung der alten legalen und halblegalen Steuervermeidungsmöglichkeiten (siehe dazu isw-report 55, Staat-Steuer-Daseinsvorsorge).

Die üppigen Steuergeschenke an Konzerne feiert die Bundesregierung auch noch als politische Großtat. Bundeskanzler Schröder: "Wir haben unmittelbar nach Amtsübernahme eine Steuerreform gemacht, die sich sehen lassen kann. Sie brachte die Steuerbelastung der deutschen Unternehmen eher ins untere Drittel des europäischen Geleitzugs."

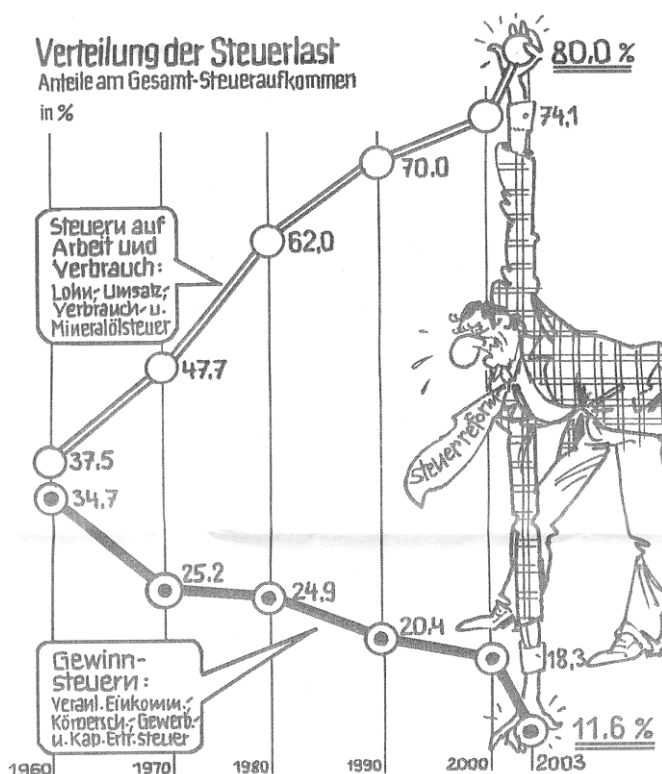
Steuerreform für die Shareholder

Die Steuerexperten Professor Lorenz Jarass und Professor Gustav M. Obermair sind dem Steuergebaren der Konzerne nachgegangen und haben die "Geheimnisse der Unternehmenssteuern" in ihrem gleichnamigen Buch enthüllt.

Das Ergebnis ihrer Untersuchungen offenbart einen sozialpolitischen Skandal allerersten Ranges: Während die Besteuerung der Gewinne der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) mit Körperschaftsteuer und Gewerbeertragsteuer von 16 Prozent Mitte der 90er Jahre auf 21 Prozent 1999/2000 leicht zulegte, sackte sie in den Folgejahren aufgrund der Steuerreform der Bundesregierung radikal auf acht bzw. neun Prozent ab (siehe Tabelle oben). Selbst im Jahr 2003, als die Körperschaftsteuer wieder leicht anstieg, war die prozentuale Besteuerung von Millionen- und Milliarden Gewinnen der Konzerne nur etwa halb so groß wie die eines Durchschnittsverdieners mit 30 000 Euro Jahreseinkommen (22,6 Prozent bei einem Ledigen ohne Kinder).

Während der Staat trotz der Gewinne der Kapitalgesellschaften immer weniger Steuern erhielt, wurden die Shareholder immer fürstlicher bedient. Der Anteil der ausgeschütteten Dividenden stieg von 36 Prozent im Jahre 1995 auf knapp 50 Prozent in den vergangenen drei Jahren. Siemens zum Beispiel steigerte seinen Inlandsgewinn (AG-Bilanz) im vergangenen Geschäftsjahr um 56 Prozent auf 1062 Millionen. Der Konzern zahlte auch wieder Ertragsteuern, Körperschaft- und Gewerbesteuer: Insgesamt ganze 44 Millionen - das sind vier Prozent des Gewinns. An die Inlandsaktionäre schüttete der Elektromulti jedoch etwa ein halbe Milliarde Euro an Dividenden aus. Es stimmt schon, was der Chefkommentator des Handelsblattes bereits im Jahr eins nach der Steuerreform feststellte: "Im internationalen Vergleich ist Deutschland eine Steueroase - Kapitalgesellschaften leisten en bloc überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung. Die Steuerlast, über die die deutsche Wirtschaft immer noch klagt, ist eher ein Phantomschmerz. Die steuerlichen Verhältnisse sind nicht mehr so, wie sie öffentlich noch dargestellt werden."

Junge Welt 07.04.2004



Ein Tagungsband

Yeziden – zwischen Tradition und Moderne



Im Oktober 2003 veranstaltete das Deutsche Orient-Institut in Celle eine Tagung zum Thema: "Yeziden - eine alte Religionsgemeinschaft zwischen Tradition und Moderne. Perspektiven der Integration und Konfliktlösungen." Den Anstoß hierzu hatten Medienberichte über

die Yeziden in Deutschland gegeben, die Unverständnis für andersartige religiöse Vorstellungen und andere Formen des sozialen Zusammenlebens, vermischt mit pauschalen Vorurteilen, widerspiegeln. Das Institut wollte daher die längst fällige Auseinandersetzung mit "dem Fremden" anregen, wobei Referate und Diskussionen der Tagung wesentliche Einblicke in das Yezidentum gaben.

Jetzt hat das Orient-Institut die Referate der Veranstaltung in seiner Schriftenreihe veröffentlicht. Zwei Drittel der Vorträge beschäftigten sich mit der Sozial- und Religionsgeschichte der Yeziden. Der letzte Teil umfasst unter der Kapitelüberschrift "Diaspora und Globalisierung" drei Beiträge, die sich mit der aktuellen Diskussion über Anpassungen der Religion sowie traditioneller Normen der Yeziden an die kulturelle und soziale Umwelt in der Diaspora auseinandersetzen. Andreas Ackermann skizziert, welche sozialen und religiösen Bestandteile durch die Lebenssituation in der Diaspora im Umbruch begriffen sind und welche Perspektiven der Transformationsprozess beinhaltet. İlhan Kizilhan beschreibt in seinem Beitrag mögliche Strategien der Yeziden, um "zu einem integrierten Teil der Residenzgesellschaft (zu) werden und gleichzeitig ihre kollektive Identität bewahren und weiterentwickeln (zu) können."

Er spricht sich z.B. für die Schaffung einer alle Yeziden einbeziehenden Institution oder Organisation aus, die die Interessen der Gruppe nach außen vertritt und den Wandel der Gemeinschaft moderiert. Irene Dulz hat die Podiumsdiskussion der Tagung auf vier Seiten zusammengefasst, wobei einige der Konflikte innerhalb der yezidischen Kultur sowie mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft noch einmal angerissen werden.

Die Beiträge zur aktuellen Situation der

Yeziden in Deutschland spiegeln den Diskussionsstand wider und bieten einiges zum Verständnis der Probleme des Anpassungs- und Wandlungsprozesses. Die Tagung selbst und damit auch die Veröffentlichung weist allerdings einen "blinden Fleck" auf. Die politische Verfolgung der Yeziden als Kurden in der Türkei, die sich in Deutschland über das "PKK-Verbot" als Kriminalisierung politischer Organisation fortsetzte, wird überhaupt nicht thematisiert. Wer dies so augenfällig ausklammert, reduziert die Yeziden auf eine bedrohte Religionsgemeinschaft. Viele Yeziden sind aber nicht nur mit dem archaischen Gepäck ihrer Religion nach Deutschland gekommen, sondern auch mit den Erfahrungen aus einem gescheiterten nationalen (und in Phasen auch sozialen) Befreiungskampf des 20. Jahrhunderts.

Die Tagung steht noch aus, die diese Facetten yezidischer Identität diskutiert - und dass dies nach wie vor politisch nicht bzw. kaum möglich ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der scheinbar so aufgeklärten Aufnahmegesellschaft zu einer in bestimmten Regionen Deutschlands sehr großen Migrantengruppe.

Erhard Franz (Hg.):

Yeziden - Eine alte Religionsgemeinschaft zwischen Tradition und Moderne. Beiträge der Tagung vom 10.-11. Oktober 2003 in Celle. Mitt. Bd. 71, Hamburg 2004, 106 S., 12 Euro.

Anzeige



linkesbuch.de ist ein Portal für gesellschaftskritische Bücher. Sowohl Verlage, Versände als auch Einzelpersonen können hier Artikel anbieten und verkaufen.

Für eine alternative Lesekultur

info@linkesbuch.de

linkesbuch.de
Das alternative Bücherportal im Internet

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer
Freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

04. Juni bis 20. Juni: Filmfestival im Achteinhalb: Neue deutsche Filme frisch auf die Leinwand

Fr. 4./Sa. 5. Juni: Scherbentanz

Deutschland 2002, 96 Minuten

Nach seinem erfolgreichen Roman Scherbentanz von 2002 malt Drehbuchautor, Schriftsteller und Regisseur Chris Kraus das Inferno familiärer Bindung wie ein Menetekel an die Wand: unentrinnbar, grausam, zart und komisch.

Jesko ist Mitte 30 und leidet an Leukämie. Der exzentrische Modedesigner weiß, dass er nicht mehr lange zu leben hat und panzert sich mit Zynismus. Dennoch erscheint er zum Fest anlässlich der Firmenübergabe an seinen Bruder in der ländlichprotzigen Familienvilla. Dort erwartet ihn eine böse Überraschung: Ein vom Vater beauftragter Detektiv hat die verschollen geglaubte Mutter völlig verwahrlost in einem Obdachlosenasyl entdeckt. Sie ist die Letzte, die noch als KnochenmarkspenderIn für Jesko in Frage käme - doch der will das nicht.

So. 6. Juni: Fremder Freund

Deutschland 2003, 106 Minuten

Zwei Jahre nach den Terror-Anschlägen von 11. September befasste sich Regiedebütant Elmar Fischer mit den tragischen Ereignissen. Chris (Antonio Wannek) und Yunes (Navid Akhavan), beide Anfang zwanzig, freunden sich miteinander an, und irgendwie ergibt es sich so, dass Yunes zu Chris zieht, in seine Hamburger Studenten-Wohnung. Chris und seine Freundin Julia (Mina Tander) scheinen in Yunes einen Freund gefunden zu haben, der ihnen aus seiner Fremdheit heraus immer vertrauter wird. Oft philosophieren Chris und Yunes über Gott und die Welt und die Frauen und die Liebe und überhaupt. Yunes scheint weltoffen zu sein, aufgeschlossen, modern denkend. Und plötzlich ist der junge Mann aus dem Jemen verschwunden, wie vom Erdboden verschluckt, unauffindbar. Denn geschieht es, am Morgen des 11. September 2001 donnern Flugzeuge in die Twin Towers in New York.

Fr. 11./Sa. 12. Juni: Wir

Deutschland 2003, 100 Minuten, von Martin Gypkens
Sie sind zwischen 20 und 25 und haben mit unglücklicher Liebe und fehlenden Perspektiven ebenso zu kämpfen wie mit defekten Zigarettenautomaten und nicht bezahlten

Telefonrechnungen. Einen Sommer lang erleben wir eine Berliner Clique, die sich seit ihrer Schulzeit kennt. Mehr und mehr werden die Freunde von der Verantwortung und ihrem eigenem Leben in Anspruch genommen.

So. 13. Juni: Kroko

Deutschland 2003, 92 Minuten

Kroko ist cool. Sie ist 17 und Mittelpunkt einer Clique, die den Berliner Stadtteil Wedding durchstreift und Überfälle und Diebstähle begeht. Kroko hat lange blonde Haare, läuft im schrillen Outfit einer Kiezgöre herum und gebärdet sich arrogant, gelangweilt, zynisch und sehr aggressiv. Ein Gericht verdonnert sie zum Sozialdienst in einer Behinderten-WG, was sie als Zumutung empfindet. Doch die "Normalos", mit denen sie lebt, sind auch nicht so toll, und es scheint so, als würde Kroko bei den „Spastis“ etwas finden, was sie in ihrem Alltag entbehrt.

Fr. 18./Sa. 19. Juni: Junimond

Deutschland 2001, 89 Minuten

Die tragisch-romantische Geschichte von Paul und Nele, zwei Einzelgängern, die den verlorengegangenen Glauben an die Kraft der Liebe wiederentdecken. Die beiden haben nichts zu verlieren und riskieren alles... Hanno Hackfort, Regisseur und Drehbuchautor, zeichnet das Porträt zweier empfindsamer Seelen, die sich finden, um sich wieder zu verlieren - und sich dennoch Wichtiges gegeben haben. Ruhig, fast ein wenig träge, aber mit viel Wärme setzt er die beiden Jungdarsteller Oliver Mommsen und Laura Tonke in Szene. Beide können zudem in den Rollen zweier Menschen, die schwer an ihren jeweiligen Lebenserfahrungen zu tragen haben, überzeugen. Mit kleinen Sprüngen im zeitlichen Ablauf, der Aneinanderreihung kurzer alternativer Handlungsstränge, vermittelt er ein Gefühl von Gefangenheit im Laufe des Schicksals: Es musste so kommen.

So. 20. Juni: Baby

Deutschland 2002, 95 Minuten

Frank (Filip Peeters) und Paul (Lars Rudolph) sind Weggefährten und Freunde, die alles miteinander teilen. Bei einem Nordseurlaub in Holland verlieren sie beide durch einen tragischen Unfall im selben Moment ihre Frauen. Zusammen mit Franks Tochter Lilli (Alice Dwyer) gehen sie von nun an als Trio durchs Leben. Jahre später: Frank und Paul verdingen sich als Taugenichtse und Kleinkriminelle. Lilli ist dabei erwachsen zu werden. Einige unglückliche Schicksalswendungen führen dazu, dass Lilli ihren Zweitvater Paul zu verführen vermag. Als Frank einen Schwangerschaftstest findet, verdächtigt er Lillis Freund Tommy (Hamid Bundu). Und erschießt ihn im Affekt. Paul und Lilli flüchten nach Holland. Es dauert ein Weilchen, dann kommt Frank im Knast hinter das Geheimnis der beiden. Er bricht aus und macht sich auch auf den Weg nach Holland.



TERMINE

Fr. 04.06.2004, 21:00 Uhr

CD-Kaserne
Hannoversche Str. 30, Celle
Hot Summer Reggae Flash
Der Sommer ist da - eine heiße Nacht mit heißem Reggae erwartet Euch!
Wieder dabei "Hotness Soundz" aus Göttingen, Eintritt: 5,- EUR

Sa. 05.06.2004, 20:30 Uhr

Kaleidoskop, Ziegeleiweg 2
Bockelskamp
"ButzkoMachtParty" - Das politische Kabarett lebt!
Schon früh mit Lobpreisungen überschüttet, inzwischen einer der Großen des politischen Kabarett - hier ist Hans-Günther Butzko mit seinem neuen Programm 'MachtParty'

Sa. 05.06.2004, 21:00 Uhr

CD-Kaserne
Hannoversche Str. 30, Celle
"10 Years of House"
The History of House Music
Celle feiert 10 Jahre House-Music!!!
Staring the DJ's :
Nervous (Loveparade 2000)
House M (Rose Club)
GAZ (Loveparade 2000)
Raymond S. (Loveparade 1999 & 2000, Le Freak-Party)

So. 06.06.2004, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Der Beitrag der Justiz zur Entrechtung und Ermordung der Juden im national-sozialistischen Deutschland
Vortrag von Dr. Helmut Kramer.

So. 13.06.2004, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Kinder und Jugendliche im Konzentrationslager Bergen-Belsen
Führung mit Elke von Meding durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

So. 13.06.2004, 10:00 - 18:00 Uhr

Findelhof, Ziegeleiweg 2
Bockelskamp, Flohmarkt

Do. 17.06.2004, 20:00 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
Von Guantanamo bis Abu Ghraid
Kreuzzug gegen die Armen?

Auf Basis einer gelesenen Textcollage wollen wir mit Interessierten den Zusammenhang von Krieg, Folter und Entmenschlichung diskutieren. Dabei geht es uns zu einen um "allgemeine" Fragen, z.B. Wie und warum wird jemand zum Folterer? Konkret geht es um die Verbrechen in den amerikanischen Kriegsgefängnissen, wobei wir versuchen wollen herauszufinden, ob daran etwas "neu" ist oder Algerien und Vietnam nur verdrängt sind? Wir wollen uns die Frage stellen, welche Form von Rassismus der Entmenschlichung heute vorausgeht?

Veranstalter: Social Forum Celle

So. 20.06.2004, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Erinnerungen an das Konzentrationslager Bergen-Belsen
Marion Bienes (Amsterdam) berichtet aus ihrer Lebensgeschichte

Sa. 03.07.2004, 21: 00 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
DekaDance - Die Party
Motto: Zeitreise

So. 04.07.2004, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Das Bilderalbum von Zippy Orlin
Bildpräsentation zur Geschichte des jüdischen DP-Camps Bergen-Belsen
Vortrag in englischer Sprache von Dr. Erik Somers.

Mi. 07.07.2004, 20:00 Uhr

Sternkopf & Hübel, Bücher & mehr
Neue Str. 32, Celle
Claudia Ott liest aus Ihrer Neuübertragung der ältesten arabischen Fassung von Tausendundeine Nacht, das wie kein anderes Buch das westliche Bild vom Orient geprägt hat.

So. 18.07.2004, 10:00 - 18:00 Uhr

Findelhof, Ziegeleiweg 2
Bockelskamp, Flohmarkt

So. 25.07.2004, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Voor jou - Anne Frank
Eine Hommage an Anne Frank zu ihrem 75. Geburtstag Ein Projekt des Dance.Project. Regensburg

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 4. Montag im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

z.Zt. unregelmäßig auf Nachfrage

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Deutschkurs für MigrantInnen

jeden und Donnerstag
16.30-18.00 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Mittwoch im Monat
20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. Dienstag und jeden
4. Donnerstag im Monat
20.00Uhr

BastaYa

AntiFa + AntiCastor
jeden Freitag
19:30 Uhr